

Bayerische Ingenieurversorgung-Bau
mit Psychotherapeutenversorgung



Bayerische
Versorgungskammer

Geschäftsbericht 2015



IMPRESSUM

Herausgeber

Bayerische Ingenieurversorgung-Bau
mit Psychotherapeutenversorgung

Postanschrift:

Postfach 81 02 06

81901 München

Verwaltungsgebäude:

Arabellastraße 31

81925 München

Telefon: 089 9235 6

Fax: 089 9235 7040

E-Mail: bingppv@versorgungskammer.de

www.bingppv.de

Druck:

Offsetdruck Baumann

Meglingerstraße 49

81477 München

Titelbild:

Andrew Bayda - Fotolia.com

Fotos in chronologischer Reihenfolge:

Andreas Haertle - Fotolia.com

Wolfgang Maria Weber - Bayerische Versorgungskammer

dvoevnore - Fotolia.com

angbor - Fotolia.com

Rico K. - Fotolia.com

powell83 - Fotolia.com

Wolfgang Maria Weber - Bayerische Versorgungskammer

Aleksey Stemmer - Fotolia.com

Tilo Grellmann - Fotolia.com



BERICHT ÜBER DAS GESCHÄFTSJAHR 2015

BAYERISCHE INGENIEURVERSORGUNG - BAU MIT PSYCHOTHERAPEUTENVERSORGUNG

Anstalt des öffentlichen Rechts

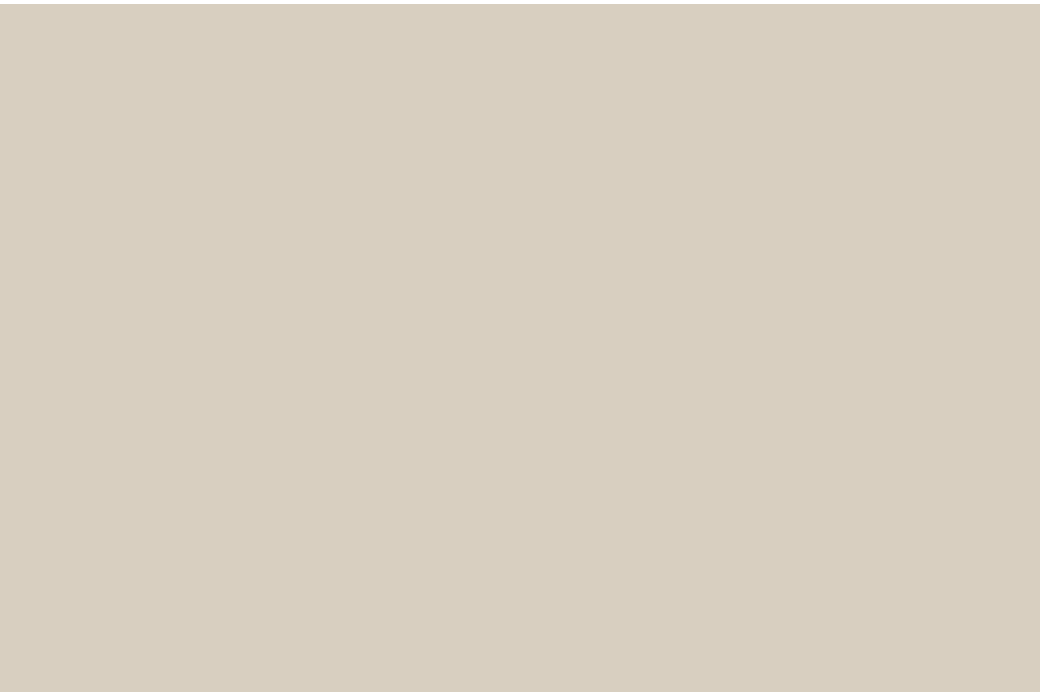
Geschäftsführung und Vertretung:

BAYERISCHE VERSORGUNGSKAMMER



Kurs halten, das Ziel nicht aus den Augen verlieren: Segeln und die Steuerung eines Versorgungswerks haben mehr gemeinsam, als man sich auf den ersten Blick vorstellen mag. Denn Altersversorgung ist eine Aufgabe für Jahrzehnte und braucht einen klaren und sicheren Kurs, um Ihre Altersversorgung heute und bis weit in die Zukunft solide zu gestalten.

Ähnlich wie Winde und Strömungen bedeuten anhaltend niedrige Zinsen und volatile Kapitalmärkte große Herausforderungen für die Steuerung Ihres Versorgungswerks. Die stabilen Ergebnisse des abgelaufenen Geschäftsjahres 2015 bestätigen erneut den Kurs Ihrer Steuermannschaft aus Spezialisten in der Bayerischen Versorgungskammer und Ihrem Verwaltungsrat.



INHALT

Vorwort des Vorstands	7
A. Grundlagen der Bayerischen Ingenieurversorgung-Bau mit Psychotherapeutenversorgung	9
1. Aufgabe, Verwaltung, Rechtsgrundlagen, Aufsicht	10
2. Im Profil	12
3. Gesellschaftliche Verantwortung	12
B. Lagebericht	15
1. Allgemeines	16
2. Geschäftsentwicklung	19
3. Risikobericht	22
4. Prognosebericht	26
C. Jahresabschluss	31
Bilanz zum 31. Dezember 2015	32
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015	34
Anhang	35
1. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	35
2. Erläuterungen zur Bilanz	38
3. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	42
4. Sonstige Angaben	45
D. Bericht des Verwaltungsrats	49
1. Tätigkeit des Verwaltungsrats	50
2. Beschluss über Lagebericht und Jahresabschluss sowie Entlastung der Geschäftsführung	51
E. Organe und Gremien	53
Verwaltungsrat	54
Bayerische Versorgungskammer	55
Kammerrat	56
F. Statistische Angaben	59



Vorwort des Vorstands

Liebe Leserinnen und Leser,

mit diesem Geschäftsbericht möchten wir Ihnen einen Überblick über das Geschäftsjahr 2015 geben.

Das anhaltend niedrige Zinsniveau, Unsicherheiten in der Eurozone (GREXIT), aber auch geopolitische Risiken und deren Auswirkungen stellen institutionelle Anleger wie auch die Bayerische Ingenieurversorgung-Bau mit Psychotherapeutenversorgung vor große Herausforderungen. Doch auch in diesem schwierigen Umfeld können wir als Geschäftsführer für Ihre Versorgungsanstalt eine solide Bilanz vorlegen: Unsere Kapitalanlagestrategie mit den Schwerpunkten breite Diversifizierung einerseits und Erwerb von Anlagen mit guter Bonität andererseits zahlt sich auch in diesem Geschäftsjahr aus.

Die wesentlichen Geschäftszahlen der Bayerischen Ingenieurversorgung-Bau mit Psychotherapeutenversorgung bestätigen, dass Ihre Versorgungseinrichtung auch in schwierigen Zeiten gut aufgestellt ist. Der weiterhin sehr günstige Verwaltungskostensatz macht Ihre Altersversorgung, kombiniert mit den Solidarelementen Hinterbliebenenversorgung und Berufsunfähigkeitsabsicherung, auch im Vergleich zu anderen Vorsorgealternativen attraktiv.

In einem schwierigen Umfeld eine Versorgungseinrichtung zukunftssicher zu steuern ist für uns Anspruch und Ansporn zugleich. In vertrauensvoller Zusammenarbeit mit den Selbstverwaltungsgremien, mit unseren engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und mit dem fachlichen Rat und der guten Begleitung durch unsere Aufsicht wird uns diese Aufgabe auch in Zukunft gelingen.

Wir laden Sie nun ein, sich auf den folgenden Seiten ein konkretes Bild von den Ergebnissen 2015 und der Entwicklung der Bayerischen Ingenieurversorgung-Bau mit Psychotherapeutenversorgung zu machen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre

Daniel Just

Ulrich Böger

Reinhard Dehlinger

Reinhard Graf

André Heimrich



**GRUNDLAGEN DER BAYERISCHEN INGENIEURVERSORGUNG-BAU
MIT PSYCHOTHERAPEUTENVERSORGUNG**

A. GRUNDLAGEN DER BAYERISCHEN INGENIEURVERSORGUNG-BAU MIT PSYCHOTHERAPEUTENVERSORGUNG

1. Aufgabe, Verwaltung, Rechtsgrundlagen, Aufsicht

Aufgabe

Die Bayerische Ingenieurversorgung-Bau mit Psychotherapeutenversorgung ist die berufsständische Pflichtversorgungseinrichtung für im Bauwesen tätige Ingenieure sowie für Psychologische Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten während der jeweiligen Mitgliedschaft in der Berufskammer. Aufgabe des Versorgungswerks ist es, Mitgliedern und deren Hinterbliebenen eine angemessene Versorgung zu gewähren (Alters-, Berufsunfähigkeits- und Hinterbliebenenversorgung). Die Bayerische Ingenieurversorgung-Bau mit Psychotherapeutenversorgung wurde 1995 zunächst für die Mitglieder der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau errichtet.

Durch Staatsverträge einbezogen sind seit 1998 auch die Mitglieder der Ingenieurkammer Rheinland-Pfalz und der Ingenieurkammer Sachsen, seit 2001 die Mitglieder der Baukammer Berlin und der Ingenieurkammer des Saarlandes. Seit dem 1. September 2003 gehören der Versorgungseinrichtung aufgrund entsprechender Staatsverträge ferner die Mitglieder der Ingenieurkammer des Landes Hessen und der Ingenieurkammer Thüringen an.

Seit dem Jahr 2006 gehören aufgrund entsprechender Abstimmung im Verwaltungsrat und Änderung des Versorgungsgesetzes durch das VersoG-Änderungsgesetz vom 24. Dezember 2005 auch die Mitglieder der Bayerischen Landeskammer der Psychologischen Psychotherapeuten und der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten dem Versorgungswerk ohne eigenen Abrechnungsverband an; dementsprechend wurde auch der Name des Versorgungswerks erweitert. Seit dem 1. November 2008 sind durch Staatsvertrag auch die Mitglieder der Psychotherapeutenkammer des Saarlandes einbezogen.

Verwaltung

Die Bayerische Ingenieurversorgung-Bau mit Psychotherapeutenversorgung ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Selbstverwaltung, die auf der Grundlage der Gegenseitigkeit ausschließlich gemeinnützig tätig ist. Ihr Sitz ist München.

Organe der Bayerischen Ingenieurversorgung-Bau mit Psychotherapeutenversorgung sind der Verwaltungsrat und die Bayerische Versorgungskammer.

Der Verwaltungsrat wird in der Amtsperiode 2015 bis 2018 von 14 Mitgliedern des Versorgungswerks gebildet, die proportional zu den Mitgliederbeständen von den beteiligten Berufskammern nominiert und vom Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr im Benehmen mit den Aufsichtsministerien der beteiligten Staatsvertragsländer in das Ehrenamt berufen werden. Der Verwaltungsrat beschließt insbesondere über die Richtlinien der Versorgungspolitik, die Satzung, den Jahresabschluss einschließlich der Entlastung der Geschäftsführung, die Anpassung von Versorgungsanrechten, die Wirtschaftsplanung sowie die Bildung von Ausschüssen und überwacht die Geschäftsführung. Er wählt für seine Amtsdauer aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und zwei stellvertretende Vorsitzende.

Die Bayerische Versorgungskammer ist organisationsrechtlich eine staatliche Oberbehörde und wird von einem Vorstand geleitet. Als gemeinsames Geschäftsführungs- und Vertretungsorgan der Bayerischen Ingenieurversorgung-Bau mit Psychotherapeutenversorgung sowie elf weiterer Versorgungseinrichtungen unterliegt sie insoweit keinen staatlichen Weisungen. Den Verwaltungsaufwand einschließlich der Personalkosten bestreiten die Versorgungseinrichtungen verursachungsgerecht aus ihren Mitteln.

Der bei der Versorgungskammer gebildete Kammerrat besteht aus 17 Vertretern aller von der Bayerischen Versorgungskammer verwalteten Versorgungseinrichtungen, darunter auch ein Vertreter der Bayerischen Ingenieurversorgung-Bau mit Psychotherapeutenversorgung. In gemeinsamen Geschäftsführungsangelegenheiten der Versorgungseinrichtungen wirkt der Kammerrat ebenso beratend mit wie bei der Bestellung des Vorstands und der Leiter der Zentralbereiche der Versorgungskammer.

Rechtsgrundlagen

Die unmittelbaren Rechtsgrundlagen der Bayerischen Ingenieurversorgung-Bau mit Psychotherapeutenversorgung sind:

- das Gesetz über das öffentliche Versorgungswesen (VersoG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Juni 2008 (GVBl S. 371, BayRS 763-1-I), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des BaukammernG, des Gesetzes über das öffentliche Versorgungswesen und der Bayerischen Bauordnung vom 24. Juli 2015 (GVBl. S. 296, BayRS 763-1-I);
- der Staatsvertrag zwischen dem Freistaat Bayern und dem Land Rheinland-Pfalz über die Zugehörigkeit der Beratenden Ingenieure des Landes Rheinland-Pfalz zur Bayerischen Ingenieurversorgung-Bau vom 5. März/31. März 1998 (GVBl S. 568, GVBl Rheinland-Pfalz S. 199);
- der Staatsvertrag zwischen dem Freistaat Bayern und dem Freistaat Sachsen über die Zugehörigkeit der kammerangehörigen Ingenieure des Freistaates Sachsen zur Bayerischen Ingenieurversorgung-Bau vom 16. Juni/18. Juni 1998 (GVBl S. 589, Sächsisches GVBl S. 502);
- der Staatsvertrag zwischen dem Freistaat Bayern und dem Land Berlin über die Zugehörigkeit der Mitglieder der Baukammer Berlin zur Bayerischen Ingenieurversorgung-Bau vom 21. November 2000/8. Januar 2001 (GVBl S. 353, GVBl Berlin S. 211);
- der Staatsvertrag zwischen dem Freistaat Bayern und dem Saarland über die Zugehörigkeit der Mitglieder der Kammer der Beratenden Ingenieure des Saarlandes zur Bayerischen Ingenieurversorgung-Bau vom 21. November/19. Dezember 2000 (GVBl S. 353, Amtsblatt des Saarlandes S. 1470);
- der Staatsvertrag zwischen dem Freistaat Bayern und dem Land Hessen über die Zugehörigkeit der kammerangehörigen Ingenieure des Landes Hessen zur Bayerischen Ingenieurversorgung-Bau vom 26. Januar/17. März 2003 (GVBl S. 524, GVBl für das Land Hessen S. 146);
- der Staatsvertrag zwischen dem Freistaat Bayern und dem Freistaat Thüringen über die Zugehörigkeit der kammerangehörigen Ingenieure des Freistaates Thüringen zur Bayerischen Ingenieurversorgung-Bau vom 26. Januar/6. Februar 2003 (GVBl S. 520, GVBl für Thüringen S. 288);
- der Staatsvertrag zwischen dem Freistaat Bayern und dem Saarland über die Zugehörigkeit der Mitglieder der Psychotherapeutenkammer des Saarlandes zur Bayerischen Ingenieurversorgung-Bau mit Psychotherapeutenversorgung vom 10. April/21. April 2008 (GVBl S. 544, Amtsblatt des Saarlandes S. 1562);
- die Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über das öffentliche Versorgungswesen (DVVersoG) vom 20. Dezember 1994, zuletzt geändert durch § 1 ÄndVO vom 28. Juli 2015 (GVBl S. 315);
- die Satzung der Bayerischen Ingenieurversorgung-Bau vom 18. Januar 1995 (StAnz Nr. 4) in der Fassung der 13. Änderungssatzung vom 27. November 2015 (StAnz Nr. 50). Die Satzungsänderungen sind wie folgt veröffentlicht:
 1. Änderungssatzung vom 18. Juli 1997, StAnz Nr. 26,
 2. Änderungssatzung vom 17. Juni 1998, StAnz Nr. 26,
 3. Änderungssatzung vom 8. Dezember 2000, StAnz Nr. 52,
 4. Änderungssatzung vom 5. Dezember 2002, StAnz Nr. 50,
 5. Änderungssatzung vom 15. Dezember 2004, StAnz Nr. 52/53,
 6. Änderungssatzung vom 21. November 2005, StAnz Nr. 47,
 7. Änderungssatzung vom 28. Dezember 2005, StAnz Nr. 01/2006,
 8. Änderungssatzung vom 2. Dezember 2008, StAnz Nr. 49,
 9. Änderungssatzung vom 11. August 2009, StAnz Nr. 33,
 10. Änderungssatzung vom 7. Dezember 2009, StAnz Nr. 51,
 11. Änderungssatzung vom 4. Dezember 2012, StAnz Nr. 50,
 12. Änderungssatzung vom 24. November 2014, StAnz Nr. 50,
 13. Änderungssatzung vom 27. November 2015, StAnz Nr. 50.

Aufsicht

Die Bayerische Ingenieurversorgung-Bau mit Psychotherapeutenversorgung steht unter der Rechts- und Versicherungsaufsicht des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr, jeweils im Benehmen mit dem staatsvertraglich festgelegten Ministerium aus dem Staatsvertragsland.

2. Im Profil

Berufsständische Versorgung

Berufsständische Versorgungswerke sind Selbsthilfeeinrichtungen der jeweiligen Berufsstände. Der Gesetzgeber hat hierfür den landesgesetzlichen Rahmen geschaffen. Berufsständische Versorgung ist ein öffentlich-rechtliches Versorgungssystem für die verkammerten freien Berufe und leistet Alters-, Berufsunfähigkeits- und Hinterbliebenenversorgung.

Effiziente Versorgung

Sichere Versorgung:

Seit dem 1. Januar 2015 wird das klassische Anwartschaftsdeckungsverfahren, das die Versorgungsansprüche aus angesparten Beiträgen der Mitglieder sowie aus Erträgen der Kapitalanlage finanziert, um Elemente des offenen Deckungsplanverfahrens ergänzt. Für die Finanzierung der Rentenansprüche werden zwar weiterhin Erträge aus der Kapitalanlage verwendet, jedoch fließen in die Berechnung auch weitere Elemente mit ein.

Kostengünstige Versorgung:

Das Versorgungswerk erfasst grundsätzlich alle Kammermitglieder und kann daher auf Werbung und Vermittlungstätigkeit verzichten. So schmälern weder Werbeaufwand und Provisionen noch der bei Aktiengesellschaften übliche Gewinnabfluss an die Aktionäre die Effizienz der Beiträge.

Beitragsorientierte Versorgung:

Während der Kammermitgliedschaft entrichten die Mitglieder aus dem Berufseinkommen Beiträge an das Versorgungswerk. Die Höhe der Versorgung ist deshalb Ergebnis der eingezahlten Beiträge.

Ausbaufähige Versorgung:

Neben den Pflichtbeiträgen können Mitglieder je nach ihren finanziellen Möglichkeiten auch zusätzliche Zahlungen laufend oder sporadisch leisten.

Selbstverwaltete Versorgung:

Das Versorgungswerk wird vom Berufsstand gestaltet und kontrolliert. Transparenz und Kompetenz sind daher gewährleistet.

Über den Verwaltungsrat haben die Mitglieder einen bestimmenden Einfluss auf die Versorgungsanstalt. Der Verwaltungsrat hat insbesondere das Satzungsgebungsrecht und gestaltet die Richtlinien der Versorgungspolitik. Außerdem beschließt er über die Wirtschaftsplanung und die Jahresrechnung.

Solidarische Versorgung:

Das Versorgungswerk ist auch eine große Solidargemeinschaft. Deshalb wird z. B. nicht nach Gesundheitszustand,

nach Familienstand und nach der Anzahl der Kinder tarifiert. Die Solidargemeinschaft aller Mitglieder trägt die Risiken gemeinsam. Die berufsständische Versorgung ist vorrangiges Pflichtversorgungssystem vor privaten Vorsorgemaßnahmen.

Leistungen

Das Versorgungswerk leistet

- Altersrente ab dem 67. Lebensjahr (Übergangsfristen existieren für Jahrgänge vor 1967) bzw.
- vorgezogene Altersrente (frühestens ab dem 62. Lebensjahr, mit versicherungsmathematischen Abschlägen) bzw.
- aufgeschobene Altersrente (spätestens bis zum 70. Lebensjahr mit versicherungsmathematischen Zuschlägen),
- Berufsunfähigkeitsrente bei Berufsunfähigkeit im mitgliedschaftsbegründenden Beruf,
- Hinterbliebenenrente an die Witwe/den Witwer oder den nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz eingetragenen Lebenspartner des Mitglieds sowie Halb-/Vollwaisenrente an hinterbliebene Kinder bis längstens zum 27. Lebensjahr. Ist das Mitglied bei Eintritt des Versorgungsfalls nicht verheiratet, kann es den Singlezuschlag beantragen.

3. Gesellschaftliche Verantwortung

Die Geschäftsführung für die Bayerische Ingenieurversorgung-Bau mit Psychotherapeutenversorgung sowie für weitere elf Versorgungseinrichtungen wird von der Bayerischen Versorgungskammer wahrgenommen. Mit insgesamt ca. 2,1 Mio. Versicherten und Rentenempfängern, ca. 66 Mrd. Euro Kapitalanlagen und ca. 1.200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern trägt die Bayerische Versorgungskammer damit eine große gesellschaftliche Verantwortung

- gegenüber den Mitgliedern und deren Arbeitgebern,
- als bedeutender Kapitalmarktteilnehmer
- und als Arbeitgeber.

Nachhaltigkeit

Mitglieder und deren Arbeitgeber vertrauen den von der Bayerischen Versorgungskammer vertretenen Versorgungsanstalten die Finanzierung ihrer Altersversorgung an. Die Bayerische Versorgungskammer achtet in besonderem Maße auf die Pflege nachhaltiger, d. h. über Generationen wirksamer Finanzierungssysteme und gleichzeitig auf eine ertrags- und risikooptimierte Anlagepolitik.

Mit der Unterzeichnung der Prinzipien für verantwortungsbewusstes Investment der Vereinten Nationen (UNPRI) verpflichtet sich die Bayerische Versorgungskammer auf Prinzipien einer nachhaltigen Kapitalanlage und damit auch ihre Partner am Kapitalmarkt auf Grundsätze gesellschaftlicher Verantwortung.

Bis vor wenigen Jahren galten Umwelt-, Sozial- und Governance-Kriterien (sogenannte ESG-Kriterien (Environmental, Social und Corporate Governance)) als nicht-finanzmarktrelevante Faktoren und spielten eine untergeordnete Rolle in Unternehmens- und Kapitalanlagestrategien. Mittlerweile hat sich aber die Einsicht durchgesetzt, dass diese Faktoren sehr wohl Einfluss auf Kapitalanlagen haben, da ihre Missachtung ein Risiko für die Reputation und letztlich für Unternehmensbewertungen bedeuten kann. Die Beachtung und transparente Kommunikation dieser ESG-Faktoren, die den Kern nachhaltigen Wirtschaftens beinhalten, können hingegen einen wirtschaftlichen Vorteil bedeuten.

Die Bayerische Versorgungskammer als eine Unternehmensgruppe der öffentlichen Hand und einer der größten Kapitalsammelstellen in Europa sieht sich damit in der besonderen Verantwortung, der Nachhaltigkeit in der Kapitalanlage noch stärker als bisher Beachtung zu schenken. Gerade die Finanzkrise zeigte, dass ein Missverhältnis von kurzfristigen Anreizen und langfristiger Entwicklung gravierende Auswirkungen haben kann. Als Vermögensverwalterin der ihr anvertrauten Gelder ist für die Bayerische Versorgungskammer eine langanhaltend stabile Kapitalanlage von zentraler Bedeutung. Wir sind daher der Überzeugung, dass die Verfolgung einer nachhaltigen Anlagepolitik auch im langfristigen Interesse und zum Wohle der Mitglieder ist.

Die UN-Prinzipien für verantwortungsbewusstes Investment beinhalten im Einzelnen, dass wir

- im Investmentbereich in die Analyse- und Entscheidungsprozesse ESG-Themen einbeziehen,
- aktiver Treuhänder sein werden und ESG-Themen in unserer Politik und in der Praxis als Aktionär berücksichtigen,
- von den Gesellschaften, in die wir investieren, eine angemessene Offenlegung von ESG-Themen fordern,
- in der Investmentbranche die Akzeptanz und die Umsetzung dieser Grundsätze vorantreiben,
- mit den anderen Unterzeichnern der UNPRI zusammenarbeiten, um unsere Wirksamkeit bei der Umsetzung dieser Grundsätze zu steigern und
- über unsere Aktivitäten und unsere Fortschritte bei der Anwendung der Grundsätze Bericht erstatten.

Grundsätzliche Überzeugungen unserer Anlagephilosophie, wie die breite Diversifikation der Investments,

werden nicht tangiert. Vor diesem Hintergrund sind wir sicher, dass die stärkere Berücksichtigung der Nachhaltigkeit in der Kapitalanlage sich langfristig positiv auf die Performance auswirken wird. Weitergehende Umschichtungen in dem bestehenden Portfolio werden durch unseren Ansatz vermieden.

Compliance

Die Bayerische Versorgungskammer beugt mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln Korruption vor und verpflichtet die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf besondere Compliance-Regelungen. Mit der Bestellung eines Beauftragten für Korruptionsprävention, entsprechenden Regeln, Schulungen der Mitarbeiter und insbesondere durch die Vorbildfunktion der Führungskräfte dokumentiert die Bayerische Versorgungskammer, wie ernst ihr die Einhaltung von Compliance-Regeln ist.

Beschäftigte

Die Bayerische Versorgungskammer bietet am Standort München derzeit ca. 1.200 Menschen sichere und attraktive Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst. Als verantwortungsbewusster Arbeitgeber schaffen wir nicht nur Ausbildungsplätze für junge Menschen, sondern eröffnen auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Behinderung (aktuell ca. 10 % des Personals) eine berufliche Perspektive.

Die Bayerische Versorgungskammer verfolgt seit vielen Jahren eine familienorientierte Personalpolitik. Sie fördert daher aktiv die Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit zahlreichen Maßnahmen. 27 % der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten in Teilzeit und sind so in der Lage, ihren familiären Verpflichtungen wie der Kinderbetreuung oder der Pflege älterer Familienangehöriger besser nachzukommen. Mit der im Jahr 2009 erfolgten Zertifizierung der familienorientierten Personalpolitik im Rahmen des Audits **berufundfamilie®** setzt die Bayerische Versorgungskammer auch für die Zukunft ein bewusstes Zeichen.

Vielfalt, Toleranz, Fairness und Wertschätzung in der Arbeitswelt sind für uns als öffentlich-rechtlicher Arbeitgeber zentrale Werte. Um dies auch nach außen zu dokumentieren, haben wir die Charta der Vielfalt unterzeichnet und uns dazu verpflichtet, ein von Vorurteilen hinsichtlich Geschlecht, Nationalität, ethnischer Herkunft, Religion, Behinderung, Alter oder sexueller Orientierung freies Arbeitsumfeld zu gewährleisten.



LAGEBERICHT

B. LAGEBERICHT

1. Allgemeines

Entwicklung des Versorgungswerks und seines politischen Umfelds

Die Geschäftsergebnisse im Geschäftsjahr 2015 belegen die weiterhin positive Bestandsentwicklung des noch jungen Versorgungswerks.

Der Bestand an anwartschaftsberechtigten Personen – aktive Mitglieder und sogenannte sonstige Anwartschaftsberechtigte – stieg weiterhin in zufriedenstellendem Umfang an. Während sich der Bestand an aktiven Mitgliedern auch im Berichtsjahr in gleichem Maße wie in den Vorjahren erhöht hat, ist bei den sonstigen Anwartschaftsberechtigten eine immer höher werdende Zunahmequote festzustellen. Grund hierfür ist – neben der Einführung des Regionalitätsprinzips – vor allem die Einführung der internen Teilung im Rahmen des Eheversorgungsausgleichs. Insgesamt verwaltet die Bayerische Ingenieurversorgung-Bau mit Psychotherapeutenversorgung zum 31. Dezember 2015 8.736 anwartschaftsberechtigte Personen (Vorjahr 8.286), davon 7.903 aktive Mitglieder (Vorjahr 7.590). Der Bestand an Psychotherapeuten nimmt im Vergleich zum Mitgliederbestand aus dem Ingenieurbereich weiterhin überproportional zu. Der Anteil der aktiven Mitglieder aus dem Psychotherapeutenbereich betrug zum 31. Dezember 2014 noch 30,6 % und hat sich zum 31. Dezember 2015 auf 32,7 % erhöht.

Ein leichter Rückgang (- 1,7 %) war im Berichtsjahr beim Beitragsaufkommen zu verzeichnen: Das gesamte Beitragsaufkommen – d. h. Pflichtbeiträge und freiwillige Mehrzahlungen zusammen – belief sich im Berichtsjahr auf 52,65 Mio. Euro (53,55 Mio. Euro im Vorjahr). Dem zu verzeichnenden Rückgang bei den Pflichtbeiträgen von 42,88 Mio. Euro in 2014 auf 41,89 Mio. Euro in 2015 steht allerdings eine erneute Zunahme bei den freiwilligen Mehrzahlungen gegenüber: Die freiwilligen Mehrzahlungen liegen in 2015 bei 10,75 Mio. Euro gegenüber 10,67 Mio. Euro in 2014. Dies belegt erneut das starke Vertrauen der Versicherten in ihr Versorgungswerk.

Der Bestand an Versorgungsempfängern zeigt, dass es sich nach wie vor um ein junges Versorgungswerk handelt: Die Anzahl der Versorgungsempfänger steigt, ausgehend von einem immer noch niedrigen Niveau (464 Versorgungsempfänger zum 31. Dezember 2014), weiterhin deutlich an und beläuft sich zum 31. Dezember 2015 auf 541 Personen.

Die Ergebnisse im Bereich der Kapitalanlagen können im Vergleich zum Umfeld durchaus als zufriedenstellend bezeichnet werden.

Für die Bayerische Ingenieurversorgung-Bau mit Psychotherapeutenversorgung konnte insgesamt eine Bruttorendite von 3,92 % erwirtschaftet werden. Die Nettorendite liegt – unter Berücksichtigung außerordentlicher Erträge und Aufwendungen – bei 3,62 % (Vorjahr 3,87 %) und damit über dem Mischrechnungszins der Anwartschaftsverbände:

Derzeit bestehen

- der Anwartschaftsverband 1, der die Anwartschaften aus den bis zum 31. Dezember 2005 gezahlten Beiträgen umfasst. Diesen Beiträgen liegt eine Verrentungstabelle mit einem Rechnungszins von 4 % zugrunde, d. h. in die Verrentung ist ein Zinsertrag von 4 % bereits einkalkuliert.
- der Anwartschaftsverband 2, der die Anwartschaften aus den ab dem 1. Januar 2006 bis zum 31. Dezember 2009 gezahlten Beiträgen umfasst. Diesen Beiträgen liegt eine Verrentungstabelle mit einem Rechnungszins von 3,25 % zugrunde, d. h. in die Verrentung ist ein Zinsertrag von 3,25 % bereits einkalkuliert.
- der Anwartschaftsverband 3, der die Anwartschaften aus den ab dem 1. Januar 2010 bis zum 31. Dezember 2014 gezahlten Beiträgen im Anwartschaftsdeckungsverfahren sowie alle seit dem 1. Januar 2015 eingezahlten Beiträge im offenen Deckungsplanverfahren („Rentenpunkte“) umfasst. Diesen Beiträgen liegt eine Verrentungstabelle mit einem Rechnungszins von 2,5 % zugrunde, d. h. in die Verrentung ist ein Zinsertrag von 2,5 % bereits einkalkuliert.

Die sich aus den drei vorgenannten Anwartschaftsverbänden zusammen ergebende Mindestzinsanforderung – der sogenannte Mischrechnungszins – betrug zum 31. Dezember 2014 3,37 %; zum 31. Dezember 2015 lag die Mindestzinsanforderung bei 3,32 %.

Vor dem Hintergrund einer weiterhin negativen Zinsentwicklung sowie anhaltender Volatilität der Kapitalmärkte hat der Verwaltungsrat beschlossen, lediglich die im Anwartschaftsverband 3 erworbenen Anwartschaften und die ab dem 1. Januar 2015 erworbenen Rentenpunkte (Rechnungszins jeweils 2,5 %) zum 1. Januar 2016 um 0,75 % zu dynamisieren und damit auf das Niveau des

Anwartschaftsverbandes 2 (Anwartschaften aus der Verrentungstabelle mit 3,25 % Rechnungszins) anzuheben.

Die einzelnen Kennzahlen zur Geschäftsentwicklung sind unter der folgenden Ziffer 2. dargestellt.

Neben den üblichen Verwaltungstätigkeiten und Dienstleistungen, die im Rahmen der Mitgliedererfassung und -betreuung, der Renteneinweisung und Rentenzahlung sowie den damit zusammenhängenden Tätigkeiten erforderlich sind (versicherungsmathematische Dienstleistungen, Kapitalanlagetätigkeit, Weiterentwicklung und Pflege des EDV-Systems) wurde im Berichtsjahr mit dem Aufbau eines elektronischen Langzeitarchivs (ELLA) für die BIngPPV begonnen. Dieses Projekt ist mittlerweile abgeschlossen; der Papieraktenbestand wurde digitalisiert, die Mitgliederakten werden künftig elektronisch geführt.

Deutlich erhöht hat sich – entsprechend dem zunehmenden Informationsbedürfnis der Mitglieder – der Beratungsaufwand insgesamt:

Wie schon im Vorjahr so bedurften auch im Berichtsjahr insbesondere kapitalanlagentechnische und versicherungsmathematische Fragestellungen im Zusammenhang mit der zum 1. Januar 2015 vorgenommenen Änderung des Finanzierungssystems besonderer Erläuterung.

Schwerpunkt der Mitgliederanfragen war im Berichtsjahr und ist auch weiterhin der Themenkomplex „Befreiung von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung“, insbesondere die Frage der Fortgeltung der im Rahmen der Übergangsregelung erteilten „alten“ Befreiungen für die angestellten Mitglieder der Berufskammern der Ingenieure.

Als „Nachwirkung“ der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts aus dem Jahr 2012 besteht anhaltend nicht nur erheblicher Erläuterungsbedarf. Die infolge der Rechtsprechung des BSG erfolgten und in vielen Fällen in 2014, vor allem aber in 2015 abgeschlossenen Überprüfungen der „Altfälle“ haben im Wesentlichen zu dem Ergebnis geführt, dass die Befreiungstatbestände der betroffenen Mitglieder – zum Teil auch mehrere Jahre rückwirkend – entfallen. Dies hatte zur Folge, dass zum einen die laufenden Beiträge aus der Angestelltentätigkeit nicht mehr an das Versorgungswerk, sondern an die gesetzliche Rentenversicherung abgeführt werden mussten. Zum anderen waren in vielen Fällen Rückabwicklungen von unter Umständen langen Versicherungsverläufen, d. h. Erstattungen der in diesen Fällen ursprünglich an das Versorgungswerk geleisteten Beiträge an die gesetzliche Rentenversicherung durchzuführen.

Insbesondere die Vielzahl der im Berichtsjahr durchzuführenden Rückabwicklungen hat zu einer deutlichen Zunahme des Verwaltungsaufwands geführt. Darüber hi-

naus war aber auch das Beitragsaufkommen insgesamt betroffen, denn die Vielzahl der im Berichtsjahr durchzuführenden Rückabwicklungen von Mitgliedschaftsverläufen hat zu einer überproportional hohen Zunahme der Sollkürzungen und damit zu einer Minderung des Beitragsaufkommens im Berichtsjahr geführt. Darüber hinaus war festzustellen, dass die betroffenen Mitglieder, deren Beiträge aus ihrer Angestelltentätigkeit ab dem Wegfall der Befreiung an die gesetzliche Rentenversicherung abgeführt werden mussten, zwar nur zu einem geringen Anteil aus der Mitgliedschaft im Versorgungswerk ausgeschieden sind (die Anzahl der „freiwilligen Kammermitglieder“ im Bestand ist im Berichtsjahr nur geringfügig zurückgegangen!). Allerdings haben diese im Versorgungswerk verbliebenen Mitglieder ab dem Wegfall der Befreiung nur noch einen erheblich niedrigeren Pflichtbeitrag an das Versorgungswerk, nämlich den (halben) Mindestbeitrag zu entrichten, was sich wiederum mindernd auf das Beitragsaufkommen auswirkt.

Der regelmäßige Meinungs- und Erfahrungsaustausch zwischen sämtlichen, für den jeweiligen Berufsstand in Deutschland bestehenden Versorgungswerken schafft für die beteiligten Versorgungswerke die Möglichkeit, gemeinsame Interessen abzustimmen und zu fördern sowie versorgungspolitische und versorgungstechnische Entwicklungen frühzeitig zu diskutieren und zu koordinieren. Zentrales Thema des turnusgemäßen Treffens der Ingenieurversorgungswerke 2015 und auch des Rundgesprächs der Versorgungswerke für Psychotherapeuten war – neben den üblichen Informationen zu den Bestandszahlen und den aktuellen Themen in den einzelnen Versorgungswerken – die anhaltende Niedrigzinsphase und die sich daraus für die einzelnen Versorgungseinrichtungen ergebenden Handlungsnotwendigkeiten.

Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat zu zwei Normenkontrollanträgen gegen die Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 bei der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung (die Bayerische Ingenieurversorgung-Bau mit Psychotherapeutenversorgung hat eine vergleichbare Anhebung vorgenommen) bereits Anfang 2013 und – nach Aufhebung der ersten Entscheidung aus einem lediglich formalen Grund heraus und Zurückverweisung – in 2015 erneut entschieden, dass die Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 zulässig ist. Die Antragsteller haben gegen diese zweite Entscheidung wiederum Beschwerde eingelegt; die Entscheidung darüber ist abzuwarten.

Drei Normenkontrollklagen wurden im Berichtsjahr gegen die Änderung des Finanzierungssystems bei der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung (die Bayerische Ingenieurversorgung-Bau mit Psychotherapeutenversorgung hat eine vergleichbare Änderung vorgenommen) erhoben; auch hier ist die Entscheidung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs abzuwarten.

Die von der Bayerischen Ingenieurversorgung-Bau mit Psychotherapeutenversorgung aufgrund des seit dem 1. Januar 2009 bestehenden Kooperationsabkommens mit der Ingenieurversorgung Niedersachsen laufend zu erbringenden Kapitalanlage-Dienstleistungen wurden auch im Berichtsjahr erbracht.

Entwicklung an den Kapitalmärkten

Nach der mittlerweile schon jahrelangen Aufwärtsbewegung an den Aktienmärkten wurden von vielen Investoren in 2015 wieder größere Schwankungen erwartet. Die ungeklärte Situation in Griechenland und damit der Eurozone, die Konflikte in der Ukraine und im Nahen Osten, der anstehende Kurswechsel der FED: Dies waren nur einige Beispiele der Unwägbarkeiten, welche die Anleger zu Jahresbeginn beschäftigte.

Jedoch stiegen die Kurse in den ersten Monaten des Jahres 2015 weiter. Die weitere Öffnung des chinesischen Aktienmarktes trieb die dortigen Kurse in neue Höhen. Der sinkende Ölpreis und Aussagen des EZB-Präsidenten, man überlege, die lockere Geldpolitik zur Bekämpfung einer Deflation sogar noch auszuweiten, führten auch in Europa zu neuen Kurshöchstständen. Ein möglicher GREXIT und die Ankündigung der Schweizer Notenbank, die Bindung des CHF an den EUR aufzugeben, sorgten nur tageweise für Irritationen. Auch die Ukraine-Krise führte nur kurzfristig zu rückläufigen Kursen. Im Sommer kehrten dann Ängste um die chinesische Konjunktur und die Auswirkungen einer Zinserhöhung der amerikanischen Notenbank zurück und drückten die Kurse. Im Nahen Osten verschärfte sich die Lage und die Flüchtlingsströme nahmen an Intensität zu. Dank massiver Geldspritzen durch die Politik und die Notenbank konnten die chinesischen Kurse stabilisiert werden. Seit dem 12. Juni 2015 war der chinesische Aktienmarkt zwischenzeitlich um 28 % eingebrochen, was über drei Billionen Euro an Marktkapitalisierung auslöschte. Zum Jahresende belasteten die Terroranschläge in Paris die Märkte. Außerdem kamen wieder Sorgen um das chinesische Wachstum auf, was auch zu sinkenden Notierungen an den Rohstoffmärkten führte. Die Entwicklung der Aktienmärkte war schließlich geprägt von großen regionalen Unterschieden. Während Aktien aus der Eurozone von dem sinkenden Ölpreis, einem stärkeren Dollar und einer Stabilisierung der Eurozone profitieren konnten, wirkten sich diese Faktoren belastend auf den amerikanischen Markt und die Schwellenländer aus. Mit ihrer Zinsentscheidung vom 16. Dezember 2015 hob die US-Notenbank den Zielkorridor für den Leitzins Federal Funds Rate von 0 % bis 0,25 % um einen viertel Prozentpunkt auf 0,25 % bis 0,5 % an. Damit endete die Nullzinsperiode in Amerika, die Ende 2008 begann. Dies festigte den Dollar, was für einige Schwellenländer eine höhere Dollar-Verschuldung bedeutet. Gegenüber dem Euro wertete der Greenback um rund 10 % auf. Ins-

gesamt haben sich global diversifizierte Aktienengagements ausgezahlt.

Auch am Rentenmarkt brauchten die Anleger starke Nerven. Nachdem das Anfang März gestartete Ankaufprogramm der EZB die Staatsanleihenrenditen zunächst auf neue Allzeittiefs gedrückt hatte (10-jährige Bundesanleihen rentierten zeitweise nur noch mit 0,05 %), setzte Ende April eine deutliche Gegenbewegung nach oben ein. Auch die beiden Monate Mai und Juni 2015 waren geprägt von starken Kursverlusten an den Rentenmärkten und damit einhergehend mit einem starken Rendite- und Volatilitätsanstieg. Erst als die Verhandlungen der europäischen Finanzminister mit Griechenland zu scheitern drohten, war wieder eine Flucht in Qualität zu beobachten, was die Renditen wieder etwas nach unten drückte. Die weitere Begründung hierfür war im Wesentlichen auf die heftigen Aktienmarkturbulenzen, insbesondere in China, wo sich der Aktienmarkt seit Mitte des Jahres um über 40 % in der Spitze korrigiert hatte, zurückzuführen. Traditionell gelten in solch einem Umfeld die deutschen Bundesanleihen als sicherer Hafen. Am Jahresende erhöhten die Zinswende in den USA und Gewinnmitnahmen die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe, so dass diese am Jahresende um 16,27 % höher stand als noch ein Jahr zuvor (0,629 % vs. 0,541 %). Die Renditeaufschläge der Peripheriestaaten blieben im Jahresvergleich nahezu unverändert. Nachdem sie im ersten Halbjahr teilweise stark angestiegen waren, verringerten sie sich in der zweiten Jahreshälfte wieder erheblich.

Ein weiteres wichtiges Ereignis an den globalen Finanzmärkten stellte der deutliche Einbruch des Ölpreises dar. Der Preis für die europäische Ölsorte Brent vergünstigte sich um 44 % und notierte zum Jahresende bei einem Kurs von circa 34 US-Dollar für ein Barrel (rund 159 Liter). Der Preisrückgang beim Öl strahlte auch auf weitere Rohstoffe des Energiesektors ab. Der breite CRB-Rohstoffindex verzeichnete einen Rückgang von knapp 25 %.

Im Immobilienbereich war das letzte Jahr in Deutschland erwartungsgemäß ein sehr starkes Investmentjahr mit rd. 55 Mrd. Euro Umsatz im Gewerbe- und rd. 30 Mrd. Euro Umsatz im Wohnimmobiliensegment. Im Einzelhandel stagniert die Flächennachfrage, unter anderem bedingt durch die Konkurrenz des E-Commerce. Davon ausgenommen sind die stark nachgefragten Top-Einzelhandelslagen. Der Vermietungsmarkt im europäischen Raum erholt sich weiter. Die Flächenabsorption stieg um 16 % innerhalb eines Jahres, während die Leerstandsrate in den größten europäischen Städten fiel. Unterstützt von dem niedrigen Zinsumfeld und dem schwachen Euro war 2015 die Nachfrage nach europäischen Immobilieninvestitionen nochmals höher als im Jahr 2014. Allerdings geraten auch hier die Renditen unter Druck.

Am nordamerikanischen Immobilienmarkt bleiben die Kapitalzuflüsse hoch, weshalb in 2015 voraussichtlich ein Rekordvolumen an Immobilientransaktionen erreicht wurde. Besonders in Kanada sorgten die, auf Allzeittief stehenden, Kreditzinsen und die zunehmende Nachfrage ausländischer Investoren nach Core Immobilien für Anfangsrenditen nahe der Rekordtiefstände.

In Asien lockte der hohe Renditeunterschied von Anleihen und Immobilien viele Anleger in das Segment. Hier konnten weiterhin attraktive Renditen, vor allem aufgrund der allgemein guten Mietnachfrage, erwirtschaftet werden.

2. Geschäftsentwicklung

Überblick über das Geschäftsjahr

Im Jahr 2015 musste die Bayerische Ingenieurversorgung-Bau mit Psychotherapeutenversorgung einen Rückgang des Beitragsaufkommens um 0,9 Mio. Euro (- 1,7 %, Vorjahr: + 6,0 %) auf 52,6 Mio. Euro verzeichnen. Die Nettoerträge aus Kapitalanlagen erhöhten sich um 1,0 Mio. Euro (+ 3,3 %, Vorjahr: + 15,6 %) auf 30,1 Mio. Euro. Die Versorgungsleistungen – ohne Regulierungskosten und ohne Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewinkelte Versicherungsfälle – erhöhten sich um 0,6 Mio. Euro (+ 18,1 %, Vorjahr: + 20,1 %) auf 4,2 Mio. Euro. Die Kapitalanlagebestände stiegen um 77,1 Mio. Euro (+ 9,7 %, Vorjahr: + 11,3 %) auf 870,7 Mio. Euro.

Die versicherungstechnischen Rückstellungen sind von 794,2 Mio. Euro auf 870,6 Mio. Euro (+ 9,6 %, Vorjahr: + 10,8 %) gestiegen. Sie dienen dazu, die Versorgungsleistungen dauerhaft erfüllen zu können.

Wesentliche Ereignisse und Entwicklungen im Geschäftsjahr

Zum 1. Januar 2015 wurde gemäß Beschluss des Verwaltungsrats vom September 2014 das bisherige Finanzierungssystem der Bayerischen Ingenieurversorgung-Bau mit Psychotherapeutenversorgung – das sogenannte „reine“ Anwartschaftsdeckungsverfahren – um Elemente des sogenannten offenen Deckungsplanverfahrens erweitert. Diese Systemänderung erfolgte, um das Versorgungswerk zukunftsfest aufzustellen und die starke Abhängigkeit von den Kapitalmarktzinsen zu reduzieren.

Parallel zur Umstellung des Finanzierungssystems wurde auch die strategische Kapitalanlageplanung überarbeitet. So wurde insbesondere eine neue Methodik entwickelt, die sowohl verschiedene Zeiträume als auch Kriterien (Ertrags- und Risikokennzahlen) berücksichtigt. Die Umsetzung der neuen strategischen Planung erfolgte Ende 2014 und vor allem 2015.

Auf Basis einer grundlegenden Untersuchung der biometrischen Verhältnisse wurden die biometrischen Maßzahlen (Sterblichkeit, Invalidisierungswahrscheinlichkeit etc.) neu justiert. Dabei wurden Deckungsmittel in Höhe von 15,8 Mio. Euro freigesetzt. Diese Mittel werden als Reserve zur Finanzierung des erwarteten weiteren Anstiegs der Lebenserwartung in der Zukunft verwendet.

Es bestehen keine wesentlichen Ereignisse nach dem Bilanzstichtag.

Bestandsbewegung

Die Zahl der Anwartschaftsberechtigten erhöhte sich um 450 (Vorjahr: 432) auf 8.736 (davon 2.584 aktive Psychotherapeuten), die Zahl der Versorgungsempfänger um 77 (Vorjahr: 73) auf 541.

Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen

	Anwärter		Invaliden- und Altersrentner			Hinterbliebenenrenten					
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Summe der Jahresrenten	Witwen	Witwer	Waisen	Summe der Jahresrenten		
									Witwen	Witwer	Waisen
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Euro	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Euro	Euro	Euro
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	5.724	2.562	320	22	3.001.231	64	5	53	457.841	19.316	131.701
II. Zugang während des Geschäftsjahres											
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	260	330	60	9	755.997	13	–	6	61.963	–	16.748
2. sonstiger Zugang	5	2	–	–	–	–	–	2	–	–	4.380
3. gesamter Zugang	265	332	60	9	755.997	13	–	8	61.963	–	21.128
III. Abgang während des Geschäftsjahres											
1. Tod	10	1	5	–	37.767	–	–	–	–	–	–
2. Beginn der Altersrente	58	8	–	–	–	–	–	–	–	–	–
3. Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit (Invalidität)	2	1	–	–	–	–	–	–	–	–	–
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf	–	–	–	–	–	–	–	8	–	–	14.758
5. Ausscheiden unter Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	24	43	–	–	–	–	–	–	–	–	–
6. Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
7. sonstiger Abgang	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
8. gesamter Abgang	94	53	5	–	37.767	–	–	8	–	–	14.758
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	5.895	2.841	375	31	3.719.461	77	5	53	519.804	19.316	138.071
davon											
1. beitragsfreie Anwartschaften	529	304	–	2*	1.625*	–	–	–	–	–	–
2. in Rückdeckung gegeben	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–

*) davon Leistungsempfänger und Leistungen aufgrund Versorgungsausgleich

Kapitalanlagen

Nach den Ankündigungen der EZB, das Zinsniveau weiter niedrig zu halten und ab März ein Programm für Anleihekäufe zu starten, stand das Anlagejahr 2015 unter dem Motto „die Rentendirektanlage weitestgehend vermeiden“. Demzufolge wurden im Berichtsjahr die Investitionen in den Versorgungswerk-Masterfonds weiter ausge-

baut und nur ein geringer Teil in festverzinslichen Titeln im Direktbestand investiert.

Im Versorgungswerk-Masterfonds wurde die Anlagepolitik einer breit gefächerten Diversifizierung weiter verfolgt. Auf Jahressicht wurden sämtliche Segmente im Masterfonds weiter gestärkt. Ein Schwerpunkt lag auf dem weiteren

Ausbau der Immobilienquote. Hierbei erfolgten Investitionen sowohl bei den Immobilienspezialfonds als auch bei den REITs (hierbei handelt es sich um börsennotierte Immobiliengesellschaften). Weitere Schwerpunkte stellten die Aufstockung der Aktienfonds, die weitere Dotierung von Bank-Loan-Mandaten sowie die Stärkung der Beteiligungsmandate (Private Equity, Infrastructure und Timber) und der Absolute Return Mandate dar.

Die Investitionen im Rentendirektbestand erfolgten überwiegend bei gedeckten Titeln sowie bei Realkrediten und in einem geringeren Umfang wurden Unternehmensdarlehen vergeben.

Das Ergebnis des Versorgungswerk-Masterfonds erreichte ein leicht höheres Niveau als im Vorjahr. Die insgesamt volatilen Finanzmärkte sorgten dafür, dass vor allem die taktischen und Absolute Return- Ansätze mit ihren Ergebnissen hinter den Erwartungen zurück blieben. Zum guten Ergebnis trugen vor allem die Beteiligungsmandate sowie die Aktien- und Immobilienfonds bei.

Die Ausschüttungen aus dem Versorgungswerk-Masterfonds betrugen insgesamt 12,61 Mio. Euro; der Beitrag für die Nettorendite beträgt somit 1,52 %-Punkte. Auf Basis des durchschnittlich eingesetzten Kapitals im Versorgungswerk-Masterfonds beträgt die Ausschüttungsrendite nach Buchwerten 3,75 %.

Zum Jahresende 2015 waren im Versorgungswerk-Masterfonds 16 Wertpapierspezialfonds und 8 Immobilienspezialfonds enthalten, in denen auf Basis der Buchwerte rund 44,7 % der Kapitalanlagen investiert sind. Insgesamt haben wir derzeit 108 Managementmandate vergeben. Bei den festverzinslichen Rententiteln in unserem Direktbestand machten staatsnahe Emittenten sowie gedeckte Anlagen die größte Position aus. Der gesamte Anteil der festverzinslichen Titel an den gesamten Kapitalanlagen belief sich zum 31. Dezember 2015 auf 51,0 %.

In der Direktanlage haben wir im Geschäftsjahr keine derivativen Finanzgeschäfte getätigt.

Insgesamt konnten wir Erträge aus Kapitalanlagen in Höhe von 32,6 Mio. Euro verzeichnen. Nach Abzug der Aufwendungen für Kapitalanlagen ergibt sich für 2015 ein Nettoertrag von 30,1 Mio. Euro (Vorjahr: 29,2 Mio. Euro).

Für erstrangige Darlehen der HETA (vormals Hypo Alpe Adria mit Gewährträgerhaftung des Bundeslandes Kärnten) wurden aufgrund der zum Berichtserstellungszeitpunkt noch andauernden und im Ergebnis nicht absehbaren Verhandlungen zwischen Schuldner und Gläubigern außerordentliche Abschreibungen in Höhe von 50 % vorgenommen.

Die Nettoverzinsung der Kapitalanlagen, d. h. die Verzinsung unter Berücksichtigung sämtlicher ordentlicher und

außerordentlicher Erträge und Aufwendungen, betrug 3,62 % (Vorjahr: 3,87 %).

Die laufende Durchschnittsverzinsung der Kapitalanlagen, errechnet nach der vom Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. empfohlenen Methode, betrug 3,78 % (Vorjahr: 3,75 %).

Der für versicherungsmathematische Zwecke ermittelte technische Zinssatz lag über dem Mischrechnungszins des Geschäftsplans.

Kosten

Die auf die Beitragseinnahmen bezogenen Betriebskosten ergeben für das Berichtsjahr einen Betriebskostensatz von 2,84 %.

Der insbesondere auch die Erträge aus Kapitalanlagen berücksichtigende Gesamtkostensatz beträgt 2,89 %.

Versicherungstechnisches Ergebnis

Versicherungstechnisch konnte ein positives Jahresrohergebnis (413.759 Euro) festgestellt werden. Das sonstige Ergebnis beläuft sich auf -58.544 Euro. Der Jahresüberschuss betrug 259.000 Euro, dieser wurde vollständig in die Sicherheitsrücklage eingestellt.

Zusammenfassende Einschätzung des Vorstands zu Geschäftsverlauf und Jahresergebnis

Trotz der, auch das Berichtsjahr dominierenden Niedrigzinsphase und der sehr volatilen Finanzmärkte konnte insgesamt ein Anlageergebnis erreicht werden, das nicht nur die Mindestzinsanforderung erfüllt. Es wurde vielmehr ein Jahresüberschuss erwirtschaftet, der für den Ausbau der Sicherheiten zur Verfügung steht. Dieses Ergebnis ist in Anbetracht der Situation auf den Kapitalmärkten als durchaus zufriedenstellend zu bewerten.

Der im Berichtsjahr zu verzeichnende Beitragsrückgang resultiert im Wesentlichen aus den Änderungen am Befreiungsrecht für „Altfälle“, insbesondere aus der Vielzahl der im Berichtsjahr durchzuführenden Rückabwicklungen von Mitgliedschaftsverläufen infolge der BSG-Rechtsprechung und dürfte insoweit als einmaliges Ereignis zu werten sein. Die insbesondere bei der Berufsgruppe der Psychotherapeuten zu verzeichnende deutliche, bei der Berufsgruppe der Ingenieure eher geringe Zunahme des Mitgliederbestands lässt für die Folgejahre allerdings wieder einen positiven Beitragstrend erwarten.

3. Risikobericht

Risikomanagement

Die Bayerische Versorgungskammer verfügt über einen ganzheitlichen Risikomanagementansatz, bei dem die Risiken identifiziert, analysiert und bewertet sowie laufend überwacht werden. Ausgangspunkt sind dabei unsere übergeordneten Ziele, die in der Geschäftsstrategie festgelegt werden und folgenden Kategorien zugeordnet sind:



Hieraus wird unsere Risikostrategie abgeleitet, die den Umgang mit den Risiken vorgibt und die Grundsätze der Risikosteuerung beschreibt.

Das Risikomanagement ist als wichtiger Bestandteil unserer Unternehmenssteuerung etabliert. Hierzu haben wir eigene interne Risikomanagement-Leitlinien aufgestellt, nach welchen wir unser Handeln ausrichten. Die praktische Umsetzung des Risikomanagements läuft nach folgendem Prozess ab:



Risikoidentifikation

Neben dem operativen Geschäft beobachten wir auch aktuelle Entwicklungen, etwa im Bereich des Kapitalmarktes, der Gesetzgebung oder der Informationstechnologie, um auf Veränderungen rechtzeitig und angemessen reagieren zu können. Diese Aufgabe erfüllen Spezialisten der Bereiche Mathematik, Kapitalanlagen, Informationsverarbeitung und Service sowie der Geschäftsbereiche. Somit haben wir die Risikoverantwortung dezentralisiert und auf die operativen Einheiten verteilt, was uns eine differenzierte Betrachtung der einzelnen Risiken erlaubt.

Die identifizierten Risiken werden systematisch erfasst und den nachfolgenden Risikokategorien zugeordnet.



Risikoanalyse und Bewertung

Die Risiken werden grundsätzlich im Rahmen von Risikoinventuren regelmäßig analysiert und hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und ihres Verlustpotentials bewertet. Hierbei fließen u. a. die Erkenntnisse aus den Asset-Liability-Untersuchungen sowie die versicherungsmathematischen Berechnungen und Simulationen verschiedener Szenarien ein.

Risikosteuerung

Im Rahmen der Risikosteuerung legen wir zunächst den Umgang mit den Risiken fest (Reduzieren, Eliminieren, Überwälzen – z. B. auf Versicherungen – oder Akzeptieren). Im zweiten Schritt werden geeignete Maßnahmen ermittelt und beschrieben sowie deren Umsetzungsgrad im Risikomanagement-System dokumentiert.

Im Rahmen der regelmäßigen Ertrags- und Risikoanalysen wird im Jahresverlauf überprüft, ob mit dem gewählten Kapitalanlageportfolio die gesetzten Ziele sowie die aktuariellen Mindestanforderungen erfüllt werden können. Diese sind somit Entscheidungsgrundlage für die Festlegung der Allokation. Ferner findet eine regelmäßige Überprüfung der Kapitalanlageplanung statt, ob im Hinblick auf Marktveränderungen Anpassungen notwendig sind.

Risikoüberwachung

Die laufende Überwachung der Risiken ist ein fester Bestandteil unserer Managementaufgaben. Mit Hilfe von regelmäßigen, EDV-gestützten Risikoinventuren aktualisieren die Risikoverantwortlichen den gegenwärtigen Stand der Risikosituation und dokumentieren diesen. Für die Ertrags- und Risikoanalysen im Kapitalanlagebereich werden monatlich stochastische Szenarien über einen Projektionszeitraum von fünf Jahren verwendet. Mit Hilfe dieser stochastischen Simulationen werden aktiv- und passivseitige Projektionen vorgenommen, ausgewertet und in einem Limitsystem dargestellt. Zur Überprüfung der langfristigen Finanzierbarkeit der eingegangenen Verpflichtungen wird zusätzlich ein Limitsystem mit einem 30-jährigen Betrachtungszeitraum verwendet.

Risikoberichterstattung

Durch eine unternehmensweite Koordination der Risikoberichterstattung wird ein umfassender Überblick über die gesamte Risikosituation der Versorgungseinrichtung ermöglicht. Über Visualisierungen mittels Limitsystem und Risikomatrix können die wesentlichen Risiken frühzeitig erkannt und geeignete Maßnahmen eingeleitet werden.

Risikosituation der Bayerischen Ingenieurversorgung-Bau mit Psychotherapeutenversorgung

Nachfolgend werden die wesentlichen Risiken beschrieben:

Versicherungstechnische Risiken

Die satzungsrechtlichen bzw. gesetzlichen Leistungsverpflichtungen binden unsere Versorgungseinrichtungen langfristig. Die Rahmenbedingungen können sich aber immer wieder ändern und von den Annahmen des versicherungsmathematischen Geschäftsplans abweichen. Die sich daraus ergebenden Risiken frühzeitig zu erkennen und gegebenenfalls entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, ist ein wichtiger Teil des Risikomanagements. Sollten die tatsächlichen Entwicklungen insbesondere der Kapitalrendite, der Lebenserwartung und des Bestands von den Rechnungsgrundlagen erheblich abweichen, sind mittelfristig Korrekturen des Verhältnisses von Beiträgen und Leistungen erforderlich. Hierzu gehört auch die Überprüfung des Rechnungszinses.

Rechnungszinsrisiken werden darin gesehen, dass der Rechnungszins, der für die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen unterstellt wird, eventuell in der Zukunft nicht erwirtschaftet wird. Dabei können Unterschreitungen temporär auftreten z. B. durch Kapitalmarktcrashes. Problematischer wären allerdings dauerhafte Rechnungszinsunterschreitungen aufgrund eines Anhaltens der Niedrigzinsphase. In diesem Fall wäre eine Anpassung des Rechnungszinses notwendig. Über diese grundlegende Rechnungszinsanforderung hinaus sollte noch ein ausreichender Abstand zwischen Kapitalverzinsung und Rechnungszins bestehen, um aus den Überschüssen eine angemessene Dynamisierung zu finanzieren.

Zur Überprüfung des Risikos aus Abweichungen zwischen Kapitalanlagenverzinsung und Rechnungszins werden im Bereich Kapitalanlagen Kennzahlen für einen Zeitraum von maximal fünf Jahren berechnet, im Bereich Mathematik längerfristige Kennzahlen mit Betrachtungszeiträumen von 10 und 30 Jahren. Diese Kennzahlen werden mit einem Ampelsystem überwacht. Darüber hinaus werden die langfristigen Risiken durch gemeinsame Asset-Liability-Untersuchungen der Bereiche Kapitalanlagen und Mathematik analysiert. Sollten die Untersuchungen ergeben, dass der Rechnungszins geändert werden müsste, wären entsprechende Maßnahmen einzuleiten. Um den derzeitigen versicherungstechnischen Risiken, insbesondere denen aus der Kapitalanlage, Rechnung zu tragen, hat die Anstalt das bisherige Finanzierungssystem um Elemente des sogenannten offenen Deckungsplanverfahrens erweitert. Damit wurde die erforderliche

Risikotragfähigkeit der Anstalt im ausreichenden Maße hergestellt.

Biometrischen Risiken, insbesondere aus der Verlängerung der Lebenserwartung, tragen wir Rechnung, indem wir die Bestandsentwicklung laufend beobachten und die Rechnungsgrundlagen zur Berücksichtigung aktueller Entwicklungen anpassen. Sollten die gewonnenen Erkenntnisse dies erfordern, werden die versicherungstechnischen Rückstellungen entsprechend erhöht und das Beitrags-Leistungs-Verhältnis (Verrentungssatz) entsprechend abgesenkt.

Kapitalanlagerisiken

Für die Bayerische Ingenieurversorgung-Bau mit Psychotherapeutenversorgung gehört die Umsetzung einer risikokontrollierten und verantwortungsbewussten Kapitalanlagestrategie zu den wichtigsten Unternehmenszielen. Damit soll die dauerhafte Erfüllbarkeit der Verpflichtungen erreicht werden. Dementsprechend sorgfältig planen wir die Investitionen in die diversen Anlageklassen. Etwaige Zinsrisiken und deren mögliche Auswirkungen auf den Kapitalertrag versuchen wir frühzeitig auf der Basis von Asset-Liability-Untersuchungen abzuschätzen. Die Risiken einzelner Kapitalanlagen, ausgelöst durch negative Entwicklungen auf den Kapitalmärkten (Marktrisiko) oder bei einzelnen Emittenten (Bonitätsrisiko), liegen vor allem in einem dauerhaften Wertverlust einer Anlage. Unsere Kapitalanlageexperten steuern diese Risiken durch eine Reihe von Maßnahmen. Vor allem durch eine entsprechende Mischung und Streuung der Investments sowohl über Anlageklassen als auch über Emittenten vermeiden wir Konzentrationsrisiken und somit eine zu große Abhängigkeit von einzelnen Anlageklassen oder Emittenten. So wird z. B. das Emittentenrating der im Direktbestand gehaltenen festverzinslichen Titel laufend überwacht und regelmäßig berichtet. Auch nach den im Berichtsjahr erneut erfolgten Ratinganpassungen bei vielen Emittenten weisen über 80,1 % der Anlagen ein Rating von A oder besser auf.

Emittenten der von uns gehaltenen Schuldscheine und Namenspapiere sind zum überwiegenden Teil Bund, Länder, öffentlich-rechtliche sowie privatrechtliche Kreditinstitute innerhalb der EU, wobei der Anteil deutscher Emittenten dominiert. Für den Großteil der festverzinslichen Wertpapiere sehen wir aktuell kein erhöhtes Risiko, da auch hier der Anteil der Emittenten mit guter und sehr guter Bonität überwiegt. In der Direktanlage haben wir keine Staatsanleihen der europäischen Peripheriestaaten gekauft bzw. im Bestand.

Weitere Maßnahmen betreffen die Optimierung der Assetklassen (= Anlageklassen), die genaue und ständige Analyse der Kapitalmärkte sowie Simulationsrechnungen

zu möglichen Entwicklungen der Anlageklassen und deren Auswirkungen auf stille Reserven bzw. außerordentliche Abschreibungen. Hierbei führen unsere Experten Szenarioberechnungen sowohl für kurz- als auch für langfristige Zeiträume durch. Die Weiterentwicklung unseres Systems zur Analyse von Ertrags- und Risikokennzahlen bietet uns die Möglichkeit, auf einer gemeinsamen Plattform vielfältige Untersuchungen sowohl auf der Aktiv- als auch auf der Passivseite durchzuführen.

Wesentliche Risiken aus dem Ausfall von Forderungen bestehen nicht. Denn die Forderungen betreffen großteils Beitragsforderungen, die i. d. R. aus der Stichtagsbetrachtung zum Jahreswechsel resultieren und im Januar beglichen werden. Weitere Forderungen bestehen bei den Miet- und Nebenkosten aus Haus- und Grundbesitz und werden eng überwacht. Für die wirtschaftlichen Verhältnisse der Bayerischen Ingenieurversorgung-Bau mit Psychotherapeutenversorgung sind diese von untergeordneter Bedeutung.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass nach dem Risikomanagementsystem ProKoRisk keine sehr hohen Risiken im Bereich der Kapitalanlagen bestehen. Jedoch besteht das hohe Risiko des teilweisen oder vollständigen Ausfalls von Emittenten bei langfristigen Kapitalanlagen. Emittentenrisiken haben im Zuge der Finanz- und europäischen Schuldenkrise deutlich zugenommen. Allerdings konnte im Laufe der Zeit eine deutliche Entspannung an den Märkten festgestellt werden. Hauptverantwortlich hierfür war die Aussage der EZB, wonach diese bereit ist, alles Nötige für die Rettung des Euro zu unternehmen. Darüber hinaus hat die EZB zwischenzeitlich auch ein Quantitative Easing Programm beschlossen, um den Außenwert des Euro zu drücken und die Zinsen und somit die Refinanzierungsbedingungen für die Krisenstaaten (insbes. Italien und Spanien) auf niedrigem Niveau zu halten. Inzwischen zeigen sich in diesen Ländern deutliche Anzeichen einer Stabilisierung. Die EZB bleibt mit ihrer Geldpolitik weiter expansiv; dies führt an den Kapitalmärkten zu weiterhin sehr niedrigen Zinsen.

Das systemische Risiko bleibt aus unserer Sicht trotzdem weiterhin auf hohem Niveau, insbesondere auch weil Gläubiger durch die neuen Bail-In-Regelungen zukünftig verstärkt zur Verlustbeteiligung herangezogen werden können, weswegen auch die Ausfallwahrscheinlichkeit (komplett oder teilweise) einzelner Emittenten weiter fortbesteht. Um diesem Risiko angemessen zu begegnen, werden die Emittenten laufend beobachtet. Zudem weist das Kapitalanlagenportfolio eine hohe Diversifizierung mit einer Vielzahl von Emittenten auf. Ergänzend hierzu wurden auch die Mindestratinganforderungen an die Emittenten angehoben.

Operationelle Risiken

Wesentlicher Erfolgsfaktor sind kompetente und engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Diese zu gewinnen und zu binden ist eine kontinuierliche Herausforderung, vor allem vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des intensiven Wettbewerbs am Arbeitsmarkt. Insofern besteht das Risiko, dass Leistungsträger das Unternehmen verlassen und mit ihnen Fachwissen verloren geht. Kurzfristige negative Auswirkungen der Fluktuation werden durch entsprechende Stellvertreterregelungen, angemessene Prozessdokumentationen und eine konsequente Nachfolgeplanung minimiert. Um dem Verlust von Fach- und Führungskräften auch weiterhin erfolgreich entgegenzusteuern, bieten wir sichere Arbeitsplätze mit interessanten Entwicklungsmöglichkeiten, eine Vergütung auf der Grundlage der für den öffentlichen Dienst gültigen Tarifverträge und eine betriebliche Altersvorsorge. Neben flexiblen Arbeitszeiten, individuellen Teilzeitmodellen und weiterer Unterstützung zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf bieten wir unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein attraktives Arbeitsumfeld. Hierzu gehören u. a. ein umfassendes Fortbildungsangebot, ein betriebliches Gesundheitsmanagement sowie verschiedene Sozialleistungen. Das Prinzip der Vielfalt und Gleichbehandlung aller Mitarbeiter unterstützt uns dabei, die besten Fach- und Führungskräfte für unser Unternehmen zu gewinnen und langfristig an uns zu binden.

Von zentraler Bedeutung ist auch eine sichere und zukunftsfähige Informationstechnologie. Den Risiken eines Systemausfalls sowie eines Ausfalls technischer Einrichtungen begegnen wir u. a. durch regelmäßige Datensicherung und den Betrieb eines Backup-Rechenzentrums, das die schnelle Wiederherstellung von Daten und Anwendungen ermöglicht. Diese sind durch Zugriffsberechtigungen umfassend geschützt. Nicht zuletzt sichern Firewall-Systeme und Security-Gateways unsere IT-Infrastruktur gegen externe Angriffe. Im Übrigen orientiert sich die BVK in Fragen der Informationssicherheit an den Empfehlungen des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI).

Einheitliche Standards für Überwachungs- und Kontrollprozesse, wie etwa das Vier-Augen-Prinzip, gewährleisten auch für die organisatorischen Abläufe ein hohes Sicherheitsniveau.

Die grundlegenden Änderungen im Bereich der Altersversorgungspolitik haben ebenfalls Einfluss auf die Bayerische Ingenieurversorgung-Bau mit Psychotherapeutenversorgung. Daher beobachten wir Entwicklungen der Gesetzgebung und Rechtsprechung kontinuierlich und systematisch, um frühzeitig auf Änderungen reagieren zu können.

Zusammenfassende Einschätzung der Risikolage

Dank der positiven Entwicklung der Masterfonds in 2015 konnte die Reservesituation leicht verbessert werden. Auf längere Sicht macht sich aber nach wie vor die geringe Verzinsung bei der Neu- bzw. Wiederanlage im verzinslichen Direktbestand negativ bemerkbar.

Das Risiko, die Mindestzinsanforderung nicht erreichen zu können, ist daher weiter als hoch anzusehen. Mit der zum 1. Januar 2015 erfolgten Erweiterung des bisherigen Finanzierungssystems der Bayerischen Ingenieurversorgung-Bau mit Psychotherapeutenversorgung um Elemente des sogenannten offenen Deckungsplanverfahrens ist das Versorgungswerk allerdings zukunftsfest aufgestellt. Die nunmehr zur Verfügung stehenden Steuerungsmöglichkeiten gewährleisten, dass die Funktionsfähigkeit des Versorgungswerks sowohl im Falle nur kurzfristig wirkender Kapitalmarktereignisse als auch im Falle einer lange andauernden und/oder sich sogar noch verschärfenden Niedrigzinsphase erhalten bleibt.

4. Prognosebericht

Bestandsentwicklung

Der Neuzugang an Mitgliedern verlief in den letzten Jahren gleichmäßig; zu verzeichnen ist ein kontinuierliches, moderates Wachstum über den gesamten Bestand hinweg. Dabei weist die Berufsgruppe der Psychotherapeuten im Versorgungswerk gegenüber der Berufsgruppe der Ingenieure die deutlich höheren Wachstumsraten auf. Diesbezüglich ist mit größeren Veränderungen nicht zu rechnen. Weiterhin deutlich zunehmen wird – ausgehend von einem derzeit immer noch niedrigen Niveau – die Anzahl der Versorgungsempfänger. Hierdurch bedingt wird mittelfristig von einer nur geringfügigen Mitgliederzunahme auszugehen sein, da den Neuzugängen ein erhöhter Abgang von in den Rentenbezug wechselnden Mitgliedern gegenüberstehen wird.

In der Zusammensetzung des Bestands ist insbesondere seit der Öffnung des Versorgungswerks für den Berufsstand der Psychologischen Psychotherapeuten eine konstant ansteigende Quote der weiblichen Mitglieder festzustellen; auch dieser Trend wird sich – entsprechend des starken Anstiegs der Berufsgruppe der Psychotherapeuten im Bestand – fortsetzen.

Die Zahl der Anwartschaftsberechtigten insgesamt, d. h. der aktiven Mitglieder sowie der sonstigen Anwartschaftsberechtigten (aus früherer Mitgliedschaft, aufgrund Eheversorgungsausgleichs) wird auch künftig zunehmen.

Beiträge

Die Entwicklung des Beitragsaufkommens wird aufgrund der allgemeinen maßgeblichen Einflussfaktoren (Mitgliederwachstum, Einkommenssituation, Konjunktur, Beitragssatz und Beitragsbemessungsgrenze) weiterhin nur geringfügige Steigerungsraten aufweisen. Dabei wird insbesondere auch das allmähliche „Herauswachsen“ der Angehörigen der zahlreichen Übernahmebestände aus dem Mitgliederbestand positiven Einfluss auf das Beitragsaufkommen haben.

Das Versorgungswerk stand bei seiner Gründung im Jahr 1995 ursprünglich nur den Mitgliedern der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau offen. Durch Staatsverträge wurden der Reihe nach die Mitglieder der Ingenieurkammern in Rheinland-Pfalz und Sachsen (1998), in Berlin und dem Saarland (2001) sowie in Hessen und Thüringen (2003) einbezogen. 2006 erfolgte durch entsprechende Änderung des VersoG die Einbeziehung der Mitglieder der Bayerischen Landeskammer der Psychologischen Psychotherapeuten und der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten; per Staatsvertrag erfolgte in 2008 schließlich der Anschluss der Mitglieder der Psychotherapeutenkammer des Saarlands. Die Angehörigen der genannten Übernahmebestände konnten ihre Pflichtbeiträge auf ein Mindestmaß reduzieren und haben von dieser Möglichkeit zum großen Teil auch Gebrauch gemacht. Die Höhe der Beitragseinzahlungen des Gesamtbestands insgesamt wird mittelfristig immer weniger von den niedrigen Beitragshöhen der Übernahmebestände geprägt sein, weil diese Mitglieder in den Leistungsbezug wechseln.

Die im Berichtsjahr zu verzeichnende, aus den Änderungen am Befreiungsrecht für „Altfälle“ resultierende Reduzierung des Beitragsaufkommens dürfte als einmaliges Ereignis zu werten sein. Die insbesondere bei der Berufsgruppe der Psychotherapeuten zu verzeichnende deutliche, bei der Berufsgruppe der Ingenieure eher geringe Zunahme des Mitgliederbestands lässt für das Geschäftsjahr 2016 wieder einen, wenn auch moderaten positiven Beitragstrend erwarten.

Versorgungsleistungen/Anwartschaften

Die Zahl der Versorgungsempfänger und die Höhe der Versorgungsleistungen werden planmäßig weiterhin deutlich steigen:

Dem Alter und der Bestandsstruktur des Versorgungswerks entsprechend liegen bei den vorhandenen Altersruhegeldempfängern ganz überwiegend verkürzte Versicherungsverläufe vor. Darüber hinaus war die Höhe der Beitragseinzahlungen dieser Altersruhegeldempfänger häufig noch von den Beitragsermäßigungsmöglichkeiten für die jeweiligen Übernahmebestände geprägt.

Die neu einzuweisenden Renten werden auch im Geschäftsjahr 2016 aufgrund der zunehmenden Länge der Versicherungsverläufe und der zunehmend höheren Beitragseinzahlungen in ihrer Höhe und auch in ihrer Anzahl – das Versorgungswerk ist vergleichsweise noch sehr jung – deutlich zunehmen.

Kapitalanlagen

Die ersten großen Themen für das neue Jahr sind gesetzt und machen deutlich, dass auch 2016 sowohl politisch als auch ökonomisch kein einfaches Jahr wird. Mit dem EU-Referendum in Großbritannien steht ein möglicher BREXIT im Raum, in den USA wird ein neuer Präsident gewählt und auch die politischen Brandherde in der islamischen Welt sowie die Wachstumssorgen um die Schwellenländer China, Brasilien und Russland erschweren die Prognosen erheblich. Sicher scheint, dass sich die Geldpolitik im Euroraum und den USA gegenläufig bewegen wird. Während die EZB mit ihren Anleihekaufprogrammen bis mindestens September dieses Jahres weitere Liquidität in den Markt pumpt, wurde in den USA die Zinswende eingeläutet. Ziel der EZB ist es, die niedrige Inflation in der Eurozone zu bekämpfen und eine deflationäre Entwicklung zu verhindern. Abzuwarten bleibt dabei weiterhin, ob das Geld über die Banken, denen die Zentralbank Anleihen abkauft, in Form von Krediten bei Unternehmen und Verbrauchern ankommt. Die Daten zum Jahresende 2015 deuteten hier den gewünschten Effekt an. Dies könnte Konsum und Investitionen anschieben und damit die Konjunktur in Schwung bringen. Allerdings hat die EZB nur Einfluss auf die Geldpolitik. Die Verbesserung der Rahmenbedingungen in Form von Struktur-reformen müssen die betroffenen Staaten selbst tätigen.

Auch der Ölpreis steht im bisherigen Jahresverlauf weiter unter Druck und bringt eine Vielzahl der Ölförderländer in finanzielle Schwierigkeiten. Zu Jahresbeginn konnte er sich zwar zeitweise erholen. Die Rückkehr des Iran auf den Weltmarkt wird das Ölangebot jedoch ausweiten und den Ölpreis weiter belasten.

Laut IWF sollte die globale Wirtschaft zwischen 3 % und 4 % wachsen. Die Aussichten für die Schwellenländer trübten sich allerdings ein. So wird für Brasilien und Russland eine Rezession erwartet (beide leiden unter dem niedrigen Ölpreis). In China soll sich das Wachstum auf 6,3 % abschwächen. Indien und die USA werden laut Prognose die Wachstumslokomotiven der Weltwirtschaft mit Wachstumsraten von 7,5 % bzw. 2,8 % sein, von denen auch der Euroraum durch ein leichtes Anziehen des Wachstums auf 1,6 % profitieren dürfte.

Aufgrund der weiterhin niedrigen Zinsen, den ordentlichen Unternehmensgewinnen und den niedrigen Ölpreisen sollten sich die Aktienmärkte zumindest in den

entwickelten Ländern positiv entwickeln. Die globalen Anleihenmärkte hingegen scheinen im Vergleich zu den langfristigen Durchschnittswerten mehr denn je überbewertet zu sein und sind damit weniger attraktiv als Aktien. Der US-Dollar wird durch gegenläufige Geldpolitik der Notenbanken gegenüber dem Euro wohl weiter an Wert zulegen.

Auf dem Immobilienmarkt sollte der anhaltende Anlagengnotstand in Deutschland auch 2016 zu ähnlich hohen Transaktionsvolumen führen. Dadurch bleibt der Druck auf die Spitzenrenditen bestehen, wobei nur noch geringes Potenzial für weitere Renditekompressionen aufgrund des bereits niedrigen Renditeniveaus zu erwarten ist. Im Wohn- sowie im hochwertigen Büroimmobilien-segment der Metropolregionen wird die anhaltende Flächennachfrage weiterhin zu leicht steigenden Mietpreisen führen. Allerdings ist auch bereits eine nachlassende Dynamik am deutschen Immobilienmarkt zu beobachten. Das Ende des Zyklus kommt in Sicht. Der Ausblick für US-Immobilien bleibt positiv. Die gute Performance schlägt nun auf den Netto-Mietertrag durch, da auslaufende Mietverträge auf Marktniveau angehoben werden und die Vermietungsquoten steigen. Künftige Aufwertungen von Immobilien werden daher eher von verbesserten Fundamentalfaktoren als von sinkenden Cap Rates angetrieben. Ein wesentlicher Risikofaktor für diesen positiven Ausblick wäre eine konjunkturelle Abkühlung bedingt durch langsames Wachstum in China und anderen Wachstumsmärkten.

Die neuerlichen Turbulenzen auf dem chinesischen Markt haben sich negativ auf die wirtschaftlichen Prognosen der gesamten Region ausgewirkt, wobei die Auswirkungen je nach Markt unterschiedlich sind. Auf Grund der starken Mietnachfrage in Sydney und Tokyo wird auf dem Büro-markt weiterhin von einem positiven Trend ausgegangen. Trotz der allgemein guten Mietnachfrage in vielen asiatischen Städten wird es durch das größer werdende Angebot an Neuflächen zu steigenden Leerstands-raten kommen. In China, Südkorea, Australien und zu einem gewissen Grad auch in Japan kann durch die quantitative Lockerung der Geldpolitik das Wachstum weiter stimuliert werden. Der höhere Zinsunterschied von Immobilien zu Anleihen wird weiterhin Core-Investoren in das Segment locken. Trotz der sinkenden Anfangsrenditen werden Immobilien in Japan und Australien auf Grund des Mietwachstums attraktive Gesamtrenditen erwirtschaften. Ein „Hard-Landing“-Szenario für China bleibt ein Randrisiko in der Region. Da der HKD an den USD gekoppelt ist, kann die Region allerdings auch durch die straffere Geldpolitik der FED in Turbulenzen geraten.

Bei diesen Rahmenbedingungen sieht unsere Investitionsplanung vor, die Fondsanlage und auch den Immobilien-Direktbestand weiter zu stärken und die Mittel, die in die Rentendirektanlage fließen, möglichst gering zu halten.

Zusammenfassende Einschätzung

Insgesamt ist künftig einerseits mit einem weiterhin moderaten Anstieg des Mitgliederbestands und Beitragsaufkommens und andererseits mit einem deutlichen Anstieg des Bestands an Versorgungsempfängern zu rechnen; letzterer geht allerdings noch von einer sehr niedrigen Basis aus. Diese Entwicklung entspricht für das vergleichsweise noch junge Versorgungswerk durchaus den Erwartungen. Hinsichtlich der Verzinsung der Kapitalanlagen ist für das Geschäftsjahr 2016 ein Ergebnis in Höhe des letzten Jahres zu erwarten. Diese Einschätzung kann allerdings durch jetzt noch nicht vorhersehbare Entwicklungen an den Kapitalmärkten (negativ) beeinflusst werden.

Die Kapitalmärkte werden auch künftig in starkem Maße von der geopolitischen Situation sowie von den Aktivitäten der einzelnen Notenbanken geprägt sein, sodass neben Schwankungen auch die weiter extrem niedrige Zinssituation an den Kapitalmärkten auf das Geschäftsergebnis Einfluss nehmen wird. Das Risiko, die Mindestzinsanforderung in einem Jahr durch das Kapitalanlageergebnis nicht erreichen zu können, ist daher weiter als hoch anzusehen. Mit der zum 1. Januar 2015 erfolgten Erweiterung des bisherigen Finanzierungssystems der Bayerischen Ingenieurversorgung-Bau mit Psychotherapeutenversorgung um Elemente des sogenannten offenen Deckungsplanverfahrens ist das Versorgungswerk allerdings zukunfts-fest aufgestellt. Die nunmehr zur Verfügung stehenden Steuerungsmöglichkeiten gewährleisten, dass die Funktionsfähigkeit des Versorgungswerks sowohl im Falle nur kurzfristig wirkender Kapitalmarkt-ereignisse als auch im Falle einer lange andauernden und/oder sich sogar noch verschärfenden Niedrigzinsphase erhalten bleibt.



JAHRESABSCHLUSS

C. JAHRESABSCHLUSS

Bilanz zum 31. Dezember 2015

(mit Vergleichszahlen des Vorjahres)

A K T I V A	Euro	Euro	Euro	Euro	Vorjahr Euro
A. Immaterielle Vermögensgegenstände					
Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände				99.084	248.947
B. Kapitalanlagen					
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken			37.910.029		38.545.417
II. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		388.967.133			282.949.937
2. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen		19.600.000			16.319.262
3. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	267.200.000				266.700.000
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	157.050.000	424.250.000	832.817.133		189.100.000
				870.727.162	793.614.616
C. Forderungen					
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an: 1. Versicherungsnehmer			1.210.416		1.659.728
II. Sonstige Forderungen			3.898.407		2.647.657
				5.108.823	4.307.385
D. Sonstige Vermögensgegenstände					
I. Sachanlagen und Vorräte			70.129		59.464
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand			196		144
III. Andere Vermögensgegenstände			390.007		343.302
				460.332	402.910
E. Rechnungsabgrenzungsposten					
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten			8.145.409		8.954.031
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten			1.543.899		1.475.282
				9.689.308	10.429.313
Summe der Aktiva				886.084.709	809.003.171

PASSIVA	Euro	Euro	Vorjahr Euro
A. Eigenkapital			
I. Gewinnrücklagen Sicherheitsrücklage		11.097.393	10.838.393
B. Versicherungstechnische Rückstellungen			
I. Rückstellung für laufende und künftige Versorgungsleistungen	864.683.058		788.495.714
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	211.869		807.598
III. Rückstellung für künftige Leistungsverbesserungen	5.753.117		4.853.647
		870.648.044	794.156.959
C. Andere Rückstellungen			
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.940.264		1.670.219
II. Sonstige Rückstellungen	423.956		397.198
		2.364.220	2.067.417
D. Andere Verbindlichkeiten			
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber: 1. Versicherungsnehmern	672.577		646.888
II. Sonstige Verbindlichkeiten davon: aus Steuern: 43.826 Euro (Vorjahr: 45.685 Euro) im Rahmen der sozialen Sicherheit: 0 Euro (Vorjahr: 0 Euro)	1.253.665		1.185.979
		1.926.242	1.832.867
E. Rechnungsabgrenzungsposten		48.810	107.535
Summe der Passiva		886.084.709	809.003.171

Es wird bestätigt, dass die Rentenbemessungsgrundlage und die versicherungstechnischen Rückstellungen nach dem zuletzt am 10. August 2015 genehmigten technischen Geschäftsplan festgelegt worden sind.

München, 20. Juni 2016

Baader
Versicherungsmathematischer Sachverständiger/
Verantwortlicher Aktuar

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015

(mit Vergleichszahlen des Vorjahres)

Posten	Euro	Euro	Euro	Vorjahr Euro
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge Gebuchte Beiträge			52.648.091	53.553.817
2. Beiträge aus der Rückstellung für künftige Leistungsverbesserungen			1.690.530	1.300.870
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grund- stücken	1.979.729			1.211.763
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	30.668.567	32.648.296		27.790.042
b) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		–		883.121
			32.648.296	29.884.926
4. Sonstige versicherungstechnische Erträge			5.196	6.963
5. Aufwendungen für Versicherungsfälle				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle		4.379.713		3.695.348
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		-595.729		264.363
			3.783.984	3.959.711
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rück- stellungen Rückstellung für laufende und künftige Versorgungsleistungen			76.187.345	76.182.245
7. Aufwendungen für künftige Leistungsverbesserungen			2.590.000	2.210.000
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb				
a) Verwaltungsaufwendungen			1.494.000	1.420.779
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		636.175		421.432
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		1.886.121		311.480
			2.522.296	732.912
10. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen			729	731
11. Versicherungstechnisches Ergebnis			413.759	240.198

Posten	Euro	Euro	Vorjahr Euro
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung			
1. Sonstige Erträge	355.496		338.402
2. Sonstige Aufwendungen	414.040		310.388
		-58.544	28.014
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		355.215	268.212
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		20.953	12.546
5. Sonstige Steuern		75.262	34.666
6. Jahresüberschuss		259.000	221.000
7. Entnahmen aus Gewinnrücklagen aus der Sicherheitsrücklage		-	-
8. Einstellungen in Gewinnrücklagen in die Sicherheitsrücklage		259.000	221.000
Bilanzgewinn/Bilanzverlust		-	-

Anhang

1. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Rechtliche Grundlagen

Der Jahresabschluss und der Lagebericht werden nach Art. 12 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über das öffentliche Versorgungswesen (VersoG) i. V. m. § 6 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über das öffentliche Versorgungswesen (DVVersoG) unter Berücksichtigung des Finanzierungsverfahrens und in entsprechender Anwendung

- des § 55 Abs. 1 des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) in der geänderten Fassung vom 26. März 2007,
- der §§ 238 ff., §§ 341 ff. des Handelsgesetzbuches (HGB) in der am 1. Juni 2007 geltenden Fassung sowie
- der Vorschriften der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) in der am 1. Juni 2007 geltenden Fassung

wie für eine Pensionskasse aufgestellt.

Immaterielle Vermögensgegenstände

Immaterielle Vermögensgegenstände werden mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen bewertet. Abschreibungen erfolgen in Anlehnung an die steuerlichen Vorschriften linear.

Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten

Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten, Gebäude mit den fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten angesetzt. Zusatz- und Sondereinrichtungen in Gebäuden werden regelmäßig einheitlich mit den Gebäuden abgeschrieben. Die planmäßigen Abschreibungen von den Anschaffungs- und Herstellungskosten betragen grundsätzlich 2,5 % p. a. linear auf 40 Jahre. Bei Wohngebäuden beträgt der Abschreibungssatz 1,5 %.

Wertpapiere und Anteile

Fondsanteile sind dem Anlagevermögen zugeordnet und werden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen

Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen werden mit den um die Tilgungsleistungen gekürzten Nennwerten ausgewiesen. Einbehaltene Disagio-Beträge werden als Passive Rechnungsabgrenzungen geführt und entsprechend der durchschnittlichen Laufzeit anteilig vereinnahmt.

Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen

Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sind mit den um Tilgungsleistungen gekürzten Nennwerten bewertet. Agio- und Disagioträge werden durch Rechnungsabgrenzung kapitalanteilig auf die Laufzeit verteilt. Im Bestand der Bayerischen Ingenieurversorgung-Bau mit Psychotherapeutenversorgung befinden sich nach IDW RS HFA 22 ausschließlich einfach strukturierte Produkte, welche keiner getrennten Bewertung bedürfen.

Zeitwertermittlung

Die Zeitwertermittlung der Kapitalanlagen haben wir wie folgt vorgenommen:

1. Die Wertermittlung der Immobilien erfolgt nach den gesetzlichen Bestimmungen des BauGB, der ImmoWertV vom 19. Mai 2010 und den allgemein anerkannten Richtlinien der Wertermittlung. Die Bewertung wird in der Regel nach dem vereinfachten Ertragswertverfahren (GDV-Methode II) zum Stichtag 31. Dezember jeden Jahres durchgeführt.
2. Investmentanteile wurden mit dem Börsenkurswert bzw. Rücknahmepreis zum Bilanzstichtag bewertet.
3. Der festverzinsliche Direktbestand (Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen, Hypothekenforderungen (Realkredite)) wird auf der Grundlage der Swap-Kurve (Euribor vs. 6 Monate) im ERP-System als Standardtransaktion berechnet. Dabei werden die Spreads (Zinsaufschläge) auf gedeckte Namensschuldverschreibungen und Hypothekenforderungen von der DGZ-Rendite für öffentliche, deutsche Pfandbriefe und auch differenzierte Spreads für ungedeckte Namensschuldverschreibungen, Schuldscheine und übrige Ausleihungen berücksichtigt.
4. Die strukturierten Produkte werden durch die Kontrahenten monatlich bewertet. Die Kurse werden auf Basis anerkannter Zinsmodelle ermittelt. Die Bayerische Versorgungskammer verifiziert diese Kurse mit Hilfe eines eigenen Zinsmodells.

Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft, Zins- und Mietforderungen und sonstige Forderungen

Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft, Zins- und Mietforderungen und sonstige Forderungen werden mit dem Nennbetrag bewertet. Anfallende Einzelwertberichtigungen und Abschreibungen zu Beitragsforderungen werden bei den entsprechenden Aktivposten abgesetzt. Mietforderungen werden bei Uneinbringlichkeit abgeschrieben; bei Zweifelhaftigkeit werden Einzelwertberichtigungen gebildet. Verbleibende Mietforderungen werden abhängig von deren Fälligkeit pauschal wertberichtigt.

Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie sonstige Vermögensgegenstände

Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie sonstige Vermögensgegenstände werden zum Anschaffungspreis, vermindert um planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen, bewertet. Planmäßige Abschreibungen werden in Anlehnung an die steuerlichen Vorschriften vorgenommen.

Andere Vermögensgegenstände	Andere Vermögensgegenstände werden grundsätzlich mit den Nennwerten ausgewiesen.
Rechnungsabgrenzungsposten	Die mit dem Nominalbetrag bewerteten Rechnungsabgrenzungsposten enthalten unter anderem Agio- und Disagiobeträge, die über die Laufzeit der zugrunde liegenden Kapitalanlagen ertragswirksam aufgelöst werden.
Sicherheitsrücklage	Die Bayerische Ingenieurversorgung-Bau mit Psychotherapeutenversorgung hat aufgrund von Art. 14 VersoG eine Sicherheitsrücklage gebildet. Diese dient der Sicherstellung der dauernden Erfüllbarkeit der Verpflichtungen aus den Versorgungsverhältnissen. Die Mindestzuführung zur Sicherheitsrücklage ist in § 8 der Durchführungsverordnung des Gesetzes über das öffentliche Versorgungswesen (DVVersoG) geregelt.
Versicherungstechnische Rückstellungen	Die Rückstellung für laufende und künftige Versorgungsleistungen wird nach dem versicherungsmathematischen Geschäftsplan errechnet, wobei die Verlängerung der Lebenserwartung im Rahmen einer stufenweisen Anpassung der biometrischen Rechnungsgrundlagen berücksichtigt wird. Als Grundlage hierfür, insbesondere für die Zunahme der Lebenserwartung, dienen die Richttafeln für die Pensionsversicherung 2005 G nach Prof. Heubeck und eigene Beobachtungen. Die am Bilanzstichtag laufenden Versorgungsleistungen in ihrer ab 31. Dezember 2015 erreichten Höhe und die bis zu diesem Zeitpunkt erworbenen Anwartschaften der aktiven Mitglieder werden nach den einzelnen Lebensaltern aufgeteilt und mit den geschäftsplanmäßigen Barwerten bewertet. Der Rechnungszins für die Anwartschaften, die vor dem 1. Januar 2006 entstanden sind, beträgt 4 %, für die Anwartschaften, die ab dem 1. Januar 2006 entstanden sind, 3,25 % und für Anwartschaften, die ab dem 1. Januar 2010 entstanden sind (ab dem 1. Januar 2015: Rentenpunkte), 2,50 %. Außerdem enthält die Rückstellung für laufende und künftige Versorgungsleistungen eine Rückstellung für Zins, mit der dem Zinsrisiko aus den Anrechten mit einem Rechnungszins von 4 % und 3,25 % begegnet werden soll. Seit dem Geschäftsjahr 2010 sind geschäftsplanmäßig jährlich Zuführungen zu dieser Rückstellung vorzunehmen. Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle setzt sich aus zwei Teilen zusammen. Die eingetretenen, aber noch nicht bekannten Fälle werden versicherungsmathematisch geschätzt. Eingetretene und bekannte, aber noch nicht regulierte Versicherungsfälle werden in einer Einzelfallbetrachtung bewertet. Die Rückstellung für künftige Leistungsverbesserungen enthält die für Leistungsverbesserungen thesaurierten Mittel. Sie wird aus dem Jahresrohüberschuss dotiert und verringert sich, wenn Mittel zur Finanzierung von Leistungsverbesserungen entnommen werden.
Verbindlichkeiten aus dem Versicherungsgeschäft und andere Verbindlichkeiten	Verbindlichkeiten aus dem Versicherungsgeschäft und andere Verbindlichkeiten sind mit dem Rückzahlungsbetrag bewertet.
Nichtversicherungstechnische Rückstellungen	Die Pensionsrückstellungen und Beihilferückstellungen sind nach versicherungsmathematischen Grundsätzen nach den Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck mit einem Rechnungszinsfuß von 2,25 % berechnet. Rückstellungen für Verpflichtungen aus Altersteilzeitvereinbarungen werden mit dem Barwert der Verpflichtung mit einem Rechnungszinsfuß von 2,25 % angesetzt. Die übrigen Rückstellungen sind in Höhe der zu erwartenden Ausgaben gebildet.

2. Erläuterungen zur Bilanz

Aktiva

Entwicklung der Aktivposten A. und B. im Geschäftsjahr 2015

	Bilanzwerte Vorjahr Euro	Zugänge Euro	Umbu- chungen Euro	Abgänge Euro	Zuschrei- bungen Euro	Abschrei- bungen Euro	Bilanzwerte Geschäftsjahr Euro
A. Immaterielle Vermögensgegenstände	248.947	15.979	–	–	–	165.842	99.084
B. Kapitalanlagen							
B.I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	38.545.417	733	–	–	–	636.121	37.910.029
B.II. Sonstige Kapitalanlagen							
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	282.949.937	106.017.196	–	–	–	–	388.967.133
2. Hypotheken-, Grundschild- und Rentenforderungen	16.319.262	5.280.738	–	2.000.000	–	–	19.600.000
3. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldverschreibungen	266.700.000	11.000.000	–	10.500.000	–	–	267.200.000
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	189.100.000	5.500.000	–	36.300.000	–	1.250.000	157.050.000
4. Summe B.II.	755.069.199	127.797.934	–	48.800.000	–	1.250.000	832.817.133
Summe B.	793.614.616	127.798.667	–	48.800.000	–	1.886.121	870.727.162
Insgesamt	793.863.563	127.814.646	–	48.800.000	–	2.051.963	870.826.246

Der Zeitwert der zu Anschaffungskosten, gegebenenfalls abzüglich von Abschreibungen bilanzierten Kapitalanlagen beträgt bei den Grundstücken 37,43 Mio. € und bei den sonstigen Kapitalanlagen insgesamt 927,47 Mio. €.

**zu A.
Immaterielle Vermö-
gensgegenstände –
sonstige**

Es handelt sich um gekaufte Software in Miteigentum mit anderen Versorgungseinrichtungen der Bayerischen Versorgungskammer.

**zu B.
Kapitalanlagen****B. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken**

Der Grundbesitz bestand am Bilanzstichtag aus einem Grundstück mit Wohnbauten sowie zwei Grundstücken mit Geschäftsbauten. Der Hausbesitz der Anstalt umfasste zum Jahresende 28 Wohnungen, 21 Mieteinheiten für gewerbliche Nutzungen sowie 70 Garagen und Kfz-Abstellplätze.

Mit einem Buchwert von 16.328.413 € und einem Verkehrswert von 15.160.000 € ergaben sich stille Lasten in Höhe von 1.168.413 €. Gemäß dem gemilderten Niederstwertprinzip sind auf Immobilien bei dauerhafter Wertminderung Abschreibungen vorzunehmen (§ 253 Abs. 3 Satz 3 HGB). Diese liegen vor, wenn der Buchwert erheblich vom Verkehrswert abweicht und nicht mittelfristig durch die planmäßigen Abschreibungen wieder erreicht wird. Dies ist für die zum 31. Dezember 2015 im Bestand befindlichen Immobilien nicht der Fall.

**zu C.
Forderungen****C. I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft**

Dieser Posten umfasst nahezu ausschließlich Beitragsforderungen gegenüber Mitgliedern. Gemessen am Beitragsaufkommen ist der Außenstandssatz nach Wertberichtigungen von 3,1 % im Vorjahr auf 2,3 % in 2015 gesunken.

C. II. Sonstige Forderungen

Der größte Teil des Bilanzpostens entfällt auf Forderungen gegenüber dem Cash-Pool (2.737.985 €) und aus Haus- und Grundbesitz (713.742 €).

**zu D.
Sonstige Vermögensgegenstände****D. I. Sachanlagen und Vorräte**

Der Posten enthält auch die in Miteigentum mit anderen Versorgungseinrichtungen der Bayerischen Versorgungskammer stehende Betriebs- und Geschäftsausstattung der Bayerischen Ingenieurversorgung-Bau mit Psychotherapeutenversorgung.

D. III. Andere Vermögensgegenstände

Bei dem ausgewiesenen Betrag handelt es sich hauptsächlich um Vorauszahlungen von Versorgungsleistungen (368.722 €).

**zu E.
Rechnungsabgrenzungsposten****E. I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten**

Die ausgewiesenen Forderungen beinhalten ausschließlich Zinsforderungen, die anteilig abgegrenzt wurden und im folgenden Geschäftsjahr zur Zahlung fällig werden.

E. II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

In diesem Posten sind im Wesentlichen der Agio-Bestand aus Schuldscheinforderungen und Darlehen (821.797 €) sowie aus Namensschuldverschreibungen (714.052 €) enthalten.

Passiva

zu A. Eigenkapital – Sicherheitsrücklage

Die Bayerische Ingenieurversorgung-Bau mit Psychotherapeutenversorgung bildet aufgrund Art. 14 VersoG eine Sicherheitsrücklage. Zur Zuführung siehe GuV-Posten II. 8.

zu B. Versicherungs- technische Rückstellungen

	2015 €	2014 €	Veränderung €
I. Rückstellung für laufende und künftige Versorgungsleistungen	864.683.058	788.495.714	76.187.344
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	211.869	807.598	-595.729
III. Rückstellung für künftige Leistungsverbesserungen	5.753.117	4.853.647	899.470
Insgesamt	870.648.044	794.156.959	76.491.085

Die Rückstellung für laufende und künftige Versorgungsleistungen wird nach dem versicherungsmathematischen Geschäftsplan aus den Rückstellungen für die zum Bilanzstichtag bestehenden Anwartschaften und Verpflichtungen gegenüber Versorgungsempfängern (einschließlich Hinterbliebene), aus der Rückstellung für Zins und aus der Rückstellung für Biometrie gebildet.

Die Rückstellung für Zins als Teil der Rückstellung für laufende und künftige Versorgungsleistungen, mit der dem Zinsrisiko aus den Anrechten mit einem Rechnungszins von 4 % und 3,25 % begegnet werden soll, erhöhte sich geschäftsplanmäßig auf 19.674.883 € (Vorjahr: 17.708.656 €).

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle sinkt auf 211.869 € (Vorjahr: 807.598 €).

Die Rückstellung für künftige Leistungsverbesserungen (RkL) gliedert sich in zwei Teile. Die gebundene RkL in Höhe von 2.048.740 € enthält den Teil, der auf bereits festgelegte, aber noch nicht zugewiesene Überschussanteile entfällt. Das ist der Aufwand für die Dynamisierung der Anwartschaften und Rentenpunkte zum 1. Januar 2016. Der freie Teil der RkL (3.704.377 €) enthält den Teil des Rohüberschusses, der für künftige Leistungsverbesserungen zur Verfügung steht, über dessen Verwendung aber noch nicht entschieden wurde.

**zu C.
Andere
Rückstellungen**

C. I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Rückstellungen werden für Beamte bzw. ehemalige Beamte sowie deren Hinterbliebenen aufgrund beamtenrechtlicher Vorschriften gebildet.

C. II. Sonstige Rückstellungen

	2015 €	2014 €	Veränderung €
Beihilfe	253.084	232.171	20.913
Jahresabschlusskosten	73.692	74.498	-806
Urlaubsverpflichtungen	34.973	37.636	-2.663
Belegaufbewahrung	29.461	30.801	-1.340
Überstunden	18.487	18.531	-44
Altersteilzeit	98	501	-403
sonstige Rückstellungen übrige	14.161	3.060	11.101
Insgesamt	423.956	397.198	26.758

**zu D.
Andere
Verbindlichkeiten**

D. I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft

Die Verbindlichkeiten beruhen überwiegend auf Beitragsüberzahlungen, die nach dem Bilanzstichtag ausgeglichen werden.

D. II. Sonstige Verbindlichkeiten

Der größte Teil des Bilanzpostens entfällt auf Verbindlichkeiten aus Kaufpreiseinbehalten (543.124 €), aus Betriebskostenvorauszahlungen (241.233 €), aus Mietkautionen (167.657 €) und auf Heizkostenvorauszahlungen (106.578 €).

**zu E.
Rechnungsabgren-
zungsposten**

Dieser Posten enthält fast ausschließlich die Disagio-Bestände aus Namensschuldverschreibungen (45.153 €) sowie aus Schuldscheinforderungen und Darlehen (3.157 €).

3. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

zu I. 1. Verdiente Beiträge – gebuchte Beiträge

	2015 €	2014 €
Beiträge	53.302.517	53.832.743
Abschreibungen	-739.089	-251.040
Veränderung der Wertberichtigungen	84.663	-27.886
Insgesamt	52.648.091	53.553.817

Der Beitragsrückgang um 906 T€ (1,7 %) ist im Wesentlichen eine Nachwirkung der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts vom Oktober 2012 zum Befreiungsrecht: Die in vielen Fällen in 2014, vor allem aber in 2015 abgeschlossenen Überprüfungen der „Altfälle“ haben im Wesentlichen zu dem Ergebnis geführt, dass die Befreiungstatbestände der betroffenen Mitglieder – zum Teil auch mehrere Jahre rückwirkend – entfallen.

Dies hatte zur Folge, dass zum einen die laufenden Beiträge aus der Angestelltentätigkeit nicht mehr an das Versorgungswerk, sondern an die gesetzliche Rentenversicherung abgeführt werden mussten. Zum anderen waren in vielen Fällen Rückabwicklungen von unter Umständen langen Versicherungsverläufen, d. h. Erstattungen der in diesen Fällen ursprünglich an das Versorgungswerk geleisteten Beiträge an die gesetzliche Rentenversicherung durchzuführen. Diese Rückabwicklungen haben zu einer überproportional hohen Zunahme der Sollkürzungen und damit zu einer Minderung des Beitragsaufkommens im Berichtsjahr geführt.

Auch der Umstand, dass Mitglieder ab dem Wegfall der Befreiung nur noch einen erheblich niedrigeren Pflichtbeitrag an das Versorgungswerk, nämlich den (halben) Mindestbeitrag zu entrichten haben, hat sich mindernd auf das Beitragsaufkommen ausgewirkt.

zu I. 2. Beiträge aus der Rückstellung für künftige Leistungs- verbesserungen

Für die Dynamisierung zum 1. Januar 2015 wurden der Rückstellung für künftige Leistungsverbesserungen im Bilanzjahr 1.690.530 € entnommen. Der Aufwand für die Dynamisierung zum 1. Januar 2016 ist in der Rückstellung für künftige Leistungsverbesserungen gebunden (siehe Passiva B. Versicherungstechnische Rückstellungen).

zu I. 3. Erträge aus Kapitalanlagen

	2015 €	2014 €
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen		
aa) aus Grundstücken	1.979.729	1.211.763
ab) aus anderen Kapitalanlagen		
- aus Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	633.299	326.909
- aus Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen	17.426.640	18.478.421
- aus Wertpapieren und Anteilen	12.608.628	8.983.805
- aus Festgeldern, Termingeldern und Spareinlagen bei Kreditinstituten	–	907
	32.648.296	29.001.805
b) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		
- Masterdachfonds	–	883.121
	–	883.121
Insgesamt	32.648.296	29.884.926

**zu I. 5.
Aufwendungen für
Versicherungsfälle
(einschließlich
Regulierungs-
aufwendungen)**

Leistungsart	2015 €	2014 €
a) Zahlungen für Versicherungsfälle		
Altersruhegeld	2.924.153	2.417.701
Ruhegeld bei Berufsunfähigkeit	411.992	334.211
Witwen- und Witwergeld	499.466	446.787
Waisengeld	137.928	136.015
Summe laufende Versorgungsleistungen	3.973.539	3.334.714
Abfindungen	3.418	32.697
Versorgungsausgleich	18.773	18.553
aufgeschobenes Altersruhegeld	161.116	128.589
Einnahmen aus Regressen	-8.049	-5.781
Beitragsüberleitungen	6.447	8.322
Regulierungsaufwand	224.469	178.254
Summe Zahlungen für Versicherungsfälle	4.379.713	3.695.348
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	-595.729	264.363
Insgesamt	3.783.984	3.959.711

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle sank um 595.729 € auf 211.869 €.

**zu I. 6.
Veränderung der
übrigen versiche-
rungstechnischen
Netto-Rückstellungen
– Rückstellung für
laufende und künf-
tige Versorgungsleis-
tungen**

Der ausgewiesene Erhöhungsbetrag entspricht dem Anwachsen der laufenden Leistungsverpflichtungen und der Anwartschaften.

**zu I. 7.
Aufwendungen für
künftige Leistungs-
verbesserungen**

Zu Lasten des Jahresergebnisses wurden 2.590.000 € der Rückstellung für künftige Leistungsverbesserungen zugeführt.

**zu I. 8.
Aufwendungen für
den Versicherungs-
betrieb**

Dieser Aufwandsposten stellt den Hauptteil der gesamten persönlichen und sächlichen Verwaltungskosten dar. Weitere Verwaltungskosten sind in den GuV-Posten Nrn. I. 5. a) und I. 9. a) enthalten.

**zu I. 9.
Aufwendungen für
Kapitalanlagen**

a) Aufwendungen für die Verwaltung der Kapitalanlagen und sonstige Aufwendungen

An Kosten für die Verwaltung der Kapitalanlagen sind 335.368 €, an sonstigen Kosten für den Grundbesitz sind 216.418 € angefallen. Auf Zinserträge für erstrangige Darlehen der HETA (vormals Hypo Alpe Adria mit Gewährträgerhaftung des Bundeslandes Kärnten) wurde eine Abschreibung in Höhe von 84.390 € vorgenommen.

b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen

Es handelt sich um planmäßige Abschreibungen auf den Grundbesitz in Höhe von 636.121 € (Vorjahr: 311.480 €).

Auf erstrangige Darlehen der HETA wurden Abschreibungen in Höhe von 1.250.000 € vorgenommen (Abschreibungen auf Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen im Vorjahr: 0 €).

**zu II. 1.
Sonstige Erträge**

In diesem Posten sind im Wesentlichen die Erträge aus den erbrachten Kapitalanlagendienstleistungen für die Ingenieurversorgung Niedersachsen enthalten (342.632 €).

**zu II. 2.
Sonstige
Aufwendungen**

	2015 €	2014 €
Pensions- und Beihilfeaufwendungen	167.379	78.140
Kapitalanlageleistung für Kooperationspartner	73.995	67.855
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	54.406	51.273
Beratungskosten	36.813	19.372
Kosten des Jahresabschlusses	28.808	28.738
Aufwandsentschädigungen	16.063	17.917
Ausschüsse	13.460	7.852
Versicherungsaufsichtsgebühren	12.391	12.354
Ausgleichszahlung oDPV	–	13.247
Zuführung zu den nichtversicherungstechnischen Rückstellungen	–	1.188
Sonstige	10.725	12.452
Insgesamt	414.040	310.388

**zu II. 4.
Steuern vom Einkommen und Ertrag**

Der Posten enthält im Wesentlichen die auf Dividendenerträge einbehaltene Kapitalertragsteuer.

**zu II. 8.
Einstellungen in Gewinnrücklagen in die Sicherheitsrücklage**

Der Jahresüberschuss in Höhe von 259.000 € wurde vollständig der Sicherheitsrücklage zugeführt. Die Zuführung entspricht der Mindestzuführung nach § 8 der Durchführungsverordnung zum Versorgungsgesetz.

4. Sonstige Angaben

Persönliche Aufwendungen

	2015 €	2014 €
1. Löhne und Gehälter	1.109.295	1.081.590
2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	180.409	178.509
3. Aufwendungen für Altersversorgung	205.678	65.309
Aufwendungen insgesamt	1.495.382	1.325.408

Bezüge der Organe

Die Organe der Bayerischen Ingenieurversorgung-Bau mit Psychotherapeutenversorgung sind auf Seite 53 ff. aufgeführt.

Die Vergütung der Mitglieder des Vorstands der Bayerischen Versorgungskammer richtet sich nach Dienstverträgen in Anlehnung an das bayerische Beamtenbesoldungsrecht. Die Versorgungsbezüge der früheren Vorstandsmitglieder entsprechen den Regelungen des bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes.

Die Mitglieder des Verwaltungsrats sind ehrenamtlich tätig (vgl. Erläuterung zu GuV Posten Nr. II. 2. Sonstige Aufwendungen, Seite 44 des Geschäftsberichts).

Mitarbeiterkennzahlen

Die Geschäftsführung der Bayerischen Versorgungskammer erfolgt gem. Art. 6 Abs. 2 Satz 1 VersoG im organisatorischen, sächlichen und personellen Verwaltungsverbund; dementsprechend sind die bei der Bayerischen Versorgungskammer tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Arbeitnehmer aller von der Bayerischen Versorgungskammer verwalteten Versorgungseinrichtungen. Die beamteten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind Beamte des Freistaats Bayern.

Die für die Bayerische Ingenieurversorgung-Bau mit Psychotherapeutenversorgung anzugebende durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter berücksichtigt zum einen die ausschließlich ihr zurechenbaren Beschäftigten und zum anderen den aus der Kostenverteilung rechnerisch abgeleiteten Anteil der für mehrere Versorgungseinrichtungen tätigen Beschäftigten.

Mitarbeiter mit Vergütung

Die Kennzahl wurde unter Berücksichtigung der aufgrund Altersteilzeitvereinbarung freigestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Durchschnitt der Quartalsstichtage ermittelt.

	2015	2014
Beschäftigte (Beamte und Arbeitnehmer)	22	22
davon befristet Beschäftigte	–	–
davon Teilzeitbeschäftigte	6	6

Mitarbeiter nach Kapazität

	2015	2014
Mitarbeiter nach Kapazitäten	20	20

Tarifvertraglich bedingt sind 40,1 Wochenstunden Basis der Berechnung.

Der Vorstand dankt allen mit der Tätigkeit der Bayerischen Ingenieurversorgung-Bau mit Psychotherapeutenversorgung befassten Stellen und Gremien für die Unterstützung sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die von ihnen geleistete Arbeit.

München, den 21. Juni 2016

Bayerische Versorgungskammer
Der Vorstand

Daniel Just

Ulrich Böger

Reinhard Dehlinger

Reinhard Graf

André Heimrich

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Bayerischen Ingenieurversorgung-Bau mit Psychotherapeutenversorgung, München, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften, die gemäß Art. 12 des Gesetzes über das öffentliche Versorgungswesen (VersoG) in der am 1. Juni 2007 geltenden Fassung anzuwenden sind, und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Anstalt. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Anstalt sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben

beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Anstalt. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Anstalt und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

München, den 22. Juni 2016

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Christofer Hattemer
Wirtschaftsprüfer

ppa. Jörg Brunner
Wirtschaftsprüfer



BERICHT DES VERWALTUNGSRATS

D. BERICHT DES VERWALTUNGSRATS

1. Tätigkeit des Verwaltungsrats

Im Geschäftsjahr 2015 fanden zwei Sitzungen des Verwaltungsrats statt.

1. In der Sitzung am 10. Juni 2015

- konstituierte sich der Verwaltungsrat neu für die Amtsperiode 2015 bis 2018 und wählte Herrn Prof. Dipl.-Ing. Rolf Sennewald zum Vorsitzenden des Verwaltungsrats, Herrn Dr. phil. Dipl. Psych. Herbert Ühle zu 1. Stellvertreter und Herrn Dr.-Ing. Frank Rogmann zum 2. Stellvertreter,
- wurde das vorläufige Kapitalanlageergebnis des Geschäftsjahres 2014 dargestellt und analysiert,
- wurde die aktuelle Markeinschätzung vorgestellt und die weitere taktische Ausrichtung abgestimmt,
- wurde der Verwaltungsrat darüber informiert, dass die Geschäftsführung eine bereichsübergreifende Arbeitsgruppe „Handlungsoptionen“ eingerichtet hat, deren Aufgabe es ist, die nach der Änderung des Finanzierungssystems zum 1. Januar 2015 dem Verwaltungsrat zur Verfügung stehenden Steuerungsmöglichkeiten aufzubereiten und Handlungsansätze für den Verwaltungsrat zu erarbeiten; über den aktuellen Stand der Arbeiten wurde berichtet.
- wurde der turnusmäßige Bericht des Vorstandsvorsitzenden aus Kammerrat und Vorstand zur Kenntnis genommen.

2. In der Sitzung am 30. September 2015

- wurden die Berichte über das Geschäftsjahr und den Jahresabschluss zustimmend zur Kenntnis genommen,
- wurde der Bericht des Verantwortlichen Aktuars entgegengenommen,
- wurde dem Ergebnis der Abschlussprüfung 2014 durch die PricewaterhouseCoopersAG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, zugestimmt,
- wurde der Jahresabschluss 2014 festgestellt und der Geschäftsführung Entlastung erteilt,
- wurde die 13. Änderungssatzung beschlossen. Diese sieht zum einen die Anpassung beitragsrechtlicher Vorschriften an die gesetzlichen Neuregelungen zur Beitragsübernahme bei Bezug von Krankengeld und Pflegeunterstützungsgeld und ferner die Anpassung der Vorschriften über die Fälligkeit und Tilgung der Beiträge und Nebenforderungen an die Verwaltungspraxis vor; zum anderen beinhaltet sie die Festlegung des Rentenbemessungsfaktors für das Jahr 2016 auf weiterhin 1,0000,
- hat der Verwaltungsrat beschlossen, die im Anwartschaftsverband 3 erworbenen Anwartschaften und die ab dem 1. Januar 2015 erworbenen Rentenpunkte (Rechnungszins jeweils 2,5 %) zum 1. Januar 2016 um 0,75 % zu erhöhen. Auf weitere Dynamisierungen verzichtete der Verwaltungsrat vor dem Hintergrund der weiterhin nachhaltig negativen Entwicklung auf den Kapitalmärkten.
- wurde der Verwaltungsrat über die Tätigkeit der Arbeitsgruppe „Handlungsoptionen“ informiert; der aktuelle Sachstand wurde mitgeteilt.
- hat der Verwaltungsrat die Geschäftsführung ermächtigt, mit anderen Versorgungswerken für Psychotherapeuten Überleitungsabkommen entsprechend des vom Verwaltungsrat erörterten Musterabkommens abzuschließen,
- wurde der Wirtschaftsplanung 2016 zugestimmt,
- wurde der turnusmäßige Bericht des Vorstandsvorsitzenden aus Kammerrat und Vorstand vom Verwaltungsrat zur Kenntnis genommen.

2. Beschluss über Lagebericht und Jahresabschluss sowie Entlastung der Geschäftsführung

Der von der Geschäftsführung aufgestellte Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2015 und der Lagebericht sind durch die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, München, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Dem Ergebnis dieser Prüfung stimmt der Verwaltungsrat zu.

Der Verwaltungsrat billigt den Jahresabschluss und den Lagebericht der Geschäftsführung. Der Jahresabschluss ist damit festgestellt.

Der Geschäftsführung wird Entlastung erteilt.

München, den 28. September 2016

Der Verwaltungsrat



Sennewald
Vorsitzender des Verwaltungsrats



ORGANE UND GREMIEN

E. ORGANE UND GREMIEN

Die 2012 erstmals von der BVK angebotenen Schulungen für Gremienmitglieder wurden 2015 erfolgreich fortgesetzt. Die rege Nachfrage und das äußerst positive Feedback bestätigen sowohl das Konzept als auch die Inhalte des Fortbildungsangebots.

Für neue Mitglieder ist dies eine gern genutzte Option, sich umfassendes Wissen zu erwerben. Langjährig aktive Mitglieder schätzen das Angebot, um ihre Kenntnisse zu vertiefen.

Verwaltungsrat

(Amtsperiode 2015 bis 2018)

Mitglieder	Stellvertreter (in Reihenfolge)
Bayerische Ingenieurekammer-Bau	
Dipl.-Ing. Berthold Alsheimer Ansbach	Dipl.-Ing.Univ. Dietrich Oehmke Nürnberg
Dipl.-Ing. Univ. Dieter Räsch München	Dipl.-Ing. Univ. Josef Goldbrunner Gaimersheim
Prof. Dipl.-Ing. Rolf Sennewald München	- Vorsitzender - Dipl.-Ing. Rainer Albrecht Würzburg
Dr.-Ing. Werner Weigl Landshut	Dipl.-Ing. Univ. Carsten Dingethal München
Baukammer Berlin	
Dipl.-Ing. Torsten Genthe Berlin	Dr.-Ing. Christian Müller Berlin
	Dipl.-Ing. (FH) Marco Ilgeroth Berlin
Ingenieurkammer des Landes Hessen	
Dipl.-Ing. Ingolf Kluge Offenbach	Dipl.-Ing. (FH) Thomas Junge Idstein
	Dipl.-Ing. Alexander Dönges Heuchelheim
Ingenieurkammer Rheinland-Pfalz	
Dr.-Ing. Horst Lenz Winterspelt	Dr. rer. pol. Dipl.-Physiker Stefan Günther Zickgraf Ludwigshafen
	Dipl.-Ing. Wolfgang Thiel Cochern
Ingenieurkammer Saarland	
Dr.-Ing. Frank Rogmann Homburg	- 2. stellv. Vorsitzender - Dipl.-Ing. Klaus Dieter Groß Saarbrücken
	Dipl.-Ing. Jörgen Kopper M. Eng. Saarbrücken

Mitglieder	Stellvertreter (in Reihenfolge)
Ingenieurkammer Sachsen	
Dipl.-Ing. Joachim Stübner (bis 10.06.2015) Dresden	Dr.-Ing. Karsten Vietor Dresden
Dr.-Ing. Hans-Jörg Temann (ab 09.05.2016) Leipzig	Dipl.-Ing. Guido Zaborowski Dresden
Ingenieurkammer Thüringen	
Dipl.-Ing. (TU) Gunter Lencer Gotha	Dipl.-Ing. Simone Neubauer Erfurt
	Dipl.-Ing. Anke Höllein Erfurt
Bayerische Landeskammer der Psychologischen Psychotherapeuten und der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten	
Dr. phil. Dipl.-Psych. Herbert Ühlein - 1. stellv. Vorsitzender - Regensburg	Dipl.-Psych. Benedikt Waldherr Landshut
Dr. phil. Dipl.-Psych. Nikolaus Melcop Landshut	Dr. phil. Dipl.-Psych. Anke Pielsticker München
Dipl.-Psych. Gerda B. Gradl Fürth	Dr. phil. Dipl.-Psych. Andreas Rose Fürth
Psychotherapeutenkammer des Saarlandes	
Dipl.-Psych. Irmgard Jochum Saarbrücken	Dipl.-Psych. Michael Schwindling Saarbrücken
	Dipl.-Psych. Susanne Münnich-Hessel Kleinblittersdorf

Bayerische Versorgungskammer

Vorstand	
Daniel Just Gerhard Raukuttis Ulrich Böger Reinhard Dehlinger Reinhard Graf André Heimrich	Vorsitzender des Vorstands Mitglied des Vorstands und stellv. Vorsitzender des Vorstands (bis 31.01.2015) Stellvertretendes Mitglied des Vorstandes (bis 31.01.2015) Mitglied des Vorstands und stellv. Vorsitzender des Vorstands (ab 01.02.2015) Mitglied des Vorstands Mitglied des Vorstands Mitglied des Vorstands
Bereich Berufsständisches Versorgungswesen (ohne Ärzteversorgung) und betriebliche Altersversorgung (ohne kommunale und kirchliche Zusatzversorgung)	
Ulrich Böger Ruth Deuter	Bereichsleiter Abteilungsleiterin
Bereich Informationsverarbeitung	
Robert Notz	Bereichsleiter
Bereich Kapitalanlagen	
André Heimrich	Bereichsleiter
Bereich Mathematik	
Helmut Baader	Bereichsleiter und Verantwortlicher Aktuar
Bereich Service	
Werner König	Bereichsleiter

Kammerrat

(Amtsperiode vom 8. März 2013 bis 7. März 2019)

Mitglieder	Stellvertreter
Bayerische Ärzteversorgung	
Dr. Lothar Wittek – stellv. Vorsitzender –	Dr. Max Kaplan Prof. Dr. Frieder Hessenauer
Dr. Michael Förster	Dr. Florian Kinner Dr. Günter Schneider
Dr. med. vet. Karl Eckart	Dr. Irmgard Rieger Dr. Sabine Schall
Bayerische Apothekerversorgung	
Johannes Metzger – Vorsitzender –	Manfred Saar Dr. Andreas Kiefer
Bayerische Architektenversorgung	
Dipl.-Ing. (FH) Robert Winzinger	Dipl.-Ing. Hartmut Rüdiger Dipl.-Ing. Frank Böhme
Bayerische Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung	
Harald Ochsner	Paul Kokott Ernst Rabenstein
Bayerische Ingenieurversorgung – Bau mit Psychotherapeutenversorgung	
Prof. Dipl.-Ing. Rolf Sennewald	Dipl.-Ing. Joachim Stübner (bis 30.09.2015) Dr.-Ing. Frank Rogmann (ab 30.09.2015) Dr. phil. Dipl.-Psych. Nikolaus Melcop
Versorgungsanstalt der deutschen Bühnen	
Hans Herdlein	Rolf Bolwin Jürgen Schitthelm
Versorgungsanstalt der deutschen Kulturorchester	
Rolf Bolwin	Gerald Mertens Andreas Masopust
Versorgungsanstalt der bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger	
Hans-Günther Beyerstedt	Andreas Ehlert Klaus Dank
Versorgungsanstalt der Kaminkehrergesellen mit Pensionskasse des Schornsteinfegerhandwerks	
Sascha Schweizer	David Villmann Torsten Litschke (bis 15.07.2015) Daniel Fürst (ab 15.07.2015)
Bayerischer Versorgungsverband	
Dr. Jürgen Busse (bis 16.07.2015) Bernd Buckenhofer (ab 16.07.2015)	Bernd Buckenhofer (bis 16.07.2015) Heinz Karg (bis 16.07.2015) Dr. Jürgen Busse (ab 16.07.2015) Dr. Johann Keller (ab 16.07.2015)

Mitglieder	Stellvertreter
Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden	
Dr. Armin Augat Harald Seiter	– stellv. Vorsitzender – Josef Hasler Markus Loth Franz Stahl (Mitglieder-Ersatzvertreter) Norbert Flach Hildegard Schwering Erich Sczepanski (Versicherten-Ersatzvertreter)
Rudolf Winter Dominik Schirmer	
Versorgungswerk des Bayerischen Landtags	
Reinhold Bocklet	Inge Aures



STATISTISCHE ANGABEN

F. STATISTISCHE ANGABEN

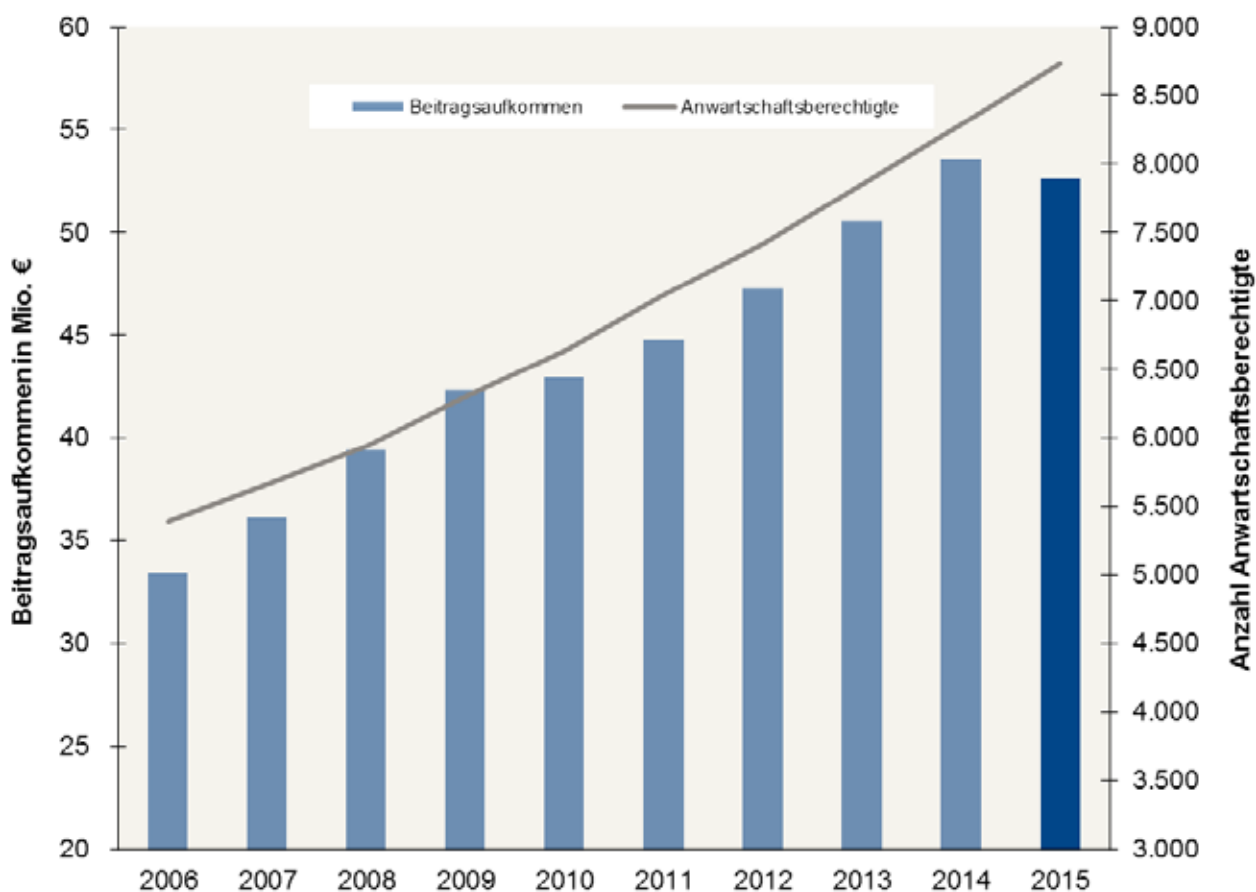
Anwartschaftsberechtigte

31. Dezember	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
männlich	4.381	4.571	4.727	4.914	5.081	5.251	5.421	5.582	5.724	5.895
weiblich	1.012	1.093	1.210	1.388	1.553	1.798	1.998	2.272	2.562	2.841
Insgesamt	5.393	5.664	5.937	6.302	6.634	7.049	7.419	7.854	8.286	8.736
davon Mitglieder	5.238	5.475	5.712	6.032	6.314	6.641	6.944	7.277	7.590	7.903

Beitragsaufkommen

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Beiträge	28,57	30,43	32,71	34,58	35,44	36,92	39,18	41,16	42,88	41,90
Freiwillige Mehrzahlungen	4,88	5,70	6,73	7,75	7,51	7,89	8,07	9,37	10,67	10,75
Insgesamt	33,45	36,13	39,44	42,33	42,95	44,81	47,25	50,53	53,55	52,65

Beträge in Mio. €



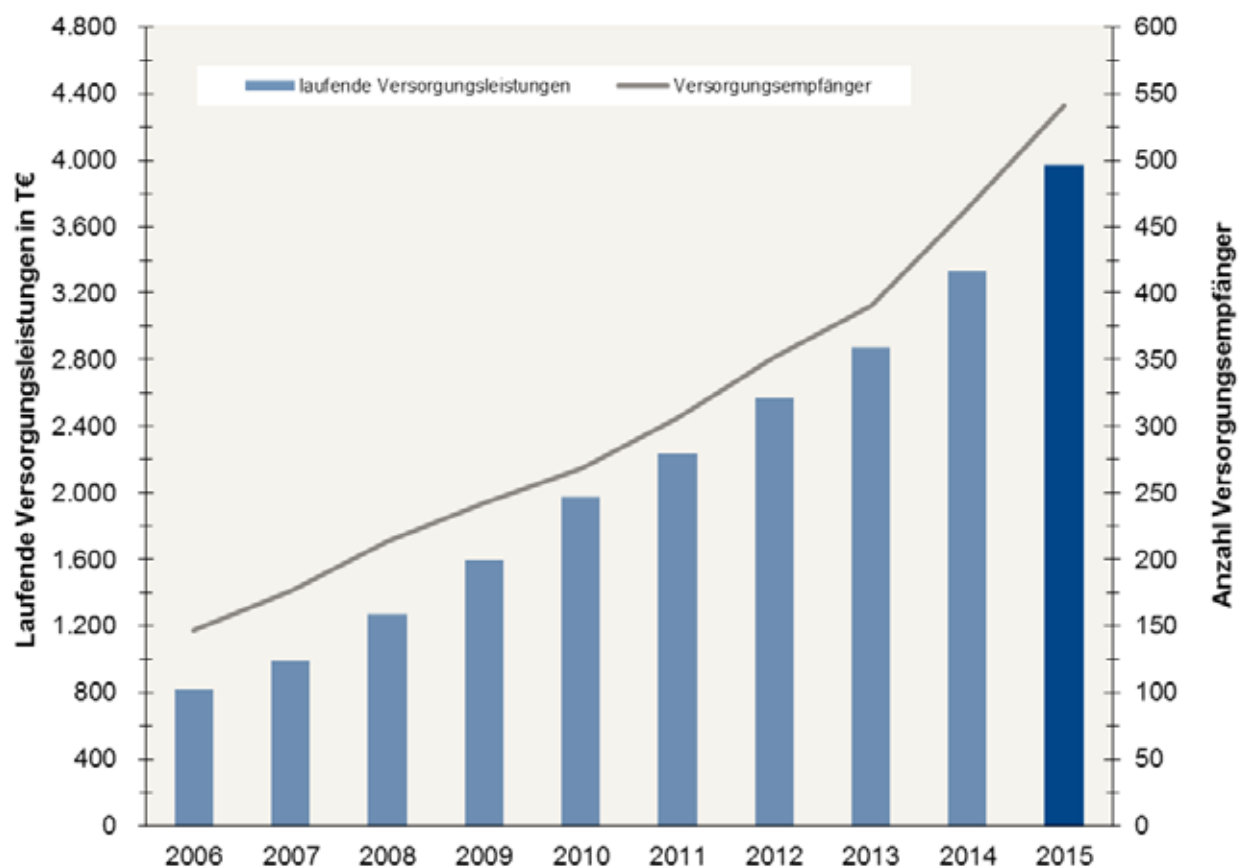
Versorgungsempfänger

31. Dezember	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Altersrentner	88	107	127	151	170	192	232	264	316	378
Berufsunfähigkeitsrentner	11	13	16	16	21	26	26	27	26	28
Witwen und Witwer	24	28	33	36	40	45	52	57	69	82
Waisen	24	29	38	39	37	43	42	43	53	53
Insgesamt	147	177	214	242	268	306	352	391	464	541

Laufende Versorgungsleistungen

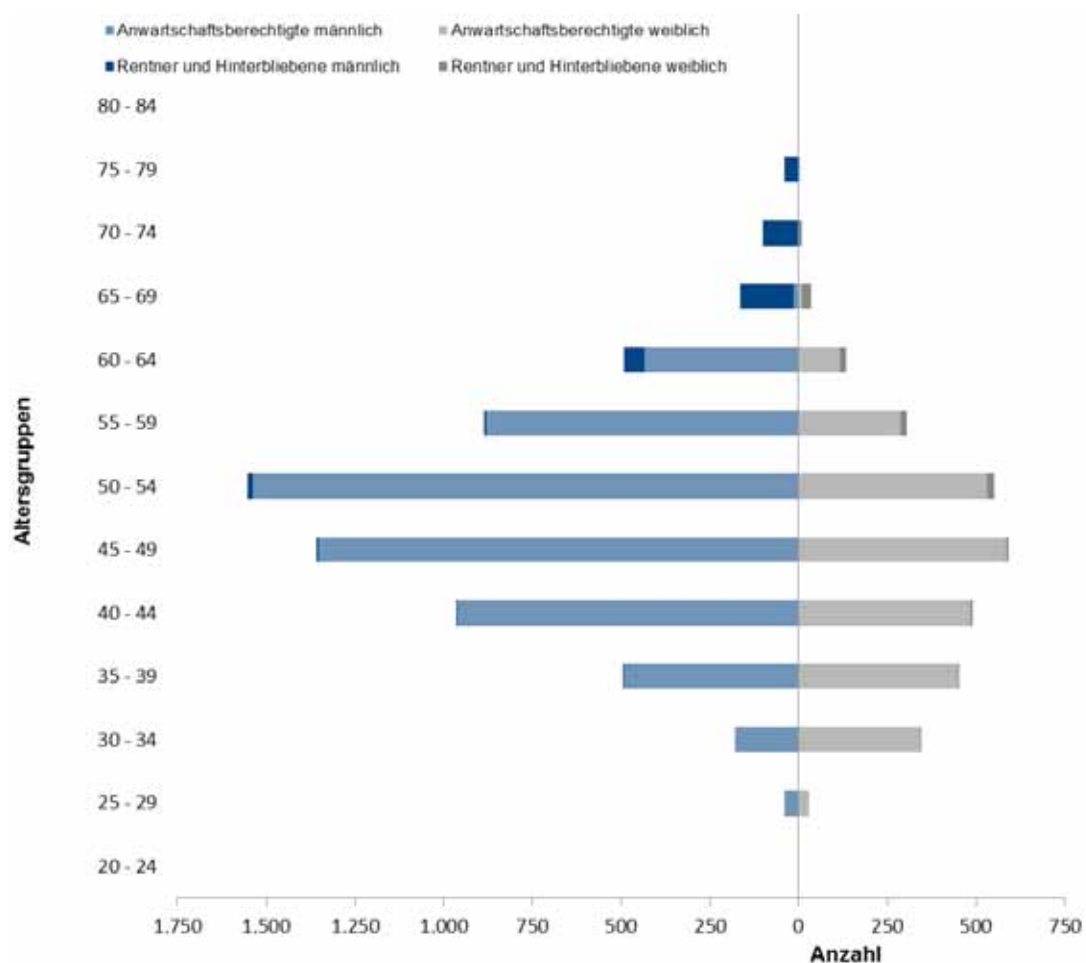
	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Altersruhegeld	414,9	589,4	762,3	1.041,3	1.229,1	1.442,8	1.727,1	2.012,1	2.417,7	2.924,1
Ruhegeld bei Berufsunfähigkeit	149,9	131,0	144,4	166,9	318,9	327,0	337,3	337,6	334,2	412,0
Witwen- und Witwergeld	186,6	200,3	263,6	281,2	317,1	341,8	382,2	402,5	446,8	499,5
Waisengeld	67,1	68,2	100,4	108,9	114,1	127,7	125,9	120,8	136,0	137,9
Insgesamt	818,5	988,9	1.270,7	1.598,3	1.979,2	2.239,3	2.572,5	2.873,0	3.334,7	3.973,5

Beträge in T€



Altersaufbau des Bestandes am 31. Dezember 2015

Alter	Anwartschaftsberechtigte		Rentner		Witwen/r	
	m	w	m	w	m	w
20 - 24	2					
25 - 29	39	30				
30 - 34	180	343				1
35 - 39	492	449			1	1
40 - 44	962	486	1	1		4
45 - 49	1.353	587	5		1	6
50 - 54	1.539	532	12	1	2	19
55 - 59	880	289	6	1	1	14
60 - 64	434	116	59	5		13
65 - 69	14	9	149	21		7
70 - 74			101	1		8
75 - 79			40	1		4
80 - 84			2			
Insgesamt	5.895	2.841	375	31	5	77



Kapitalanlagen

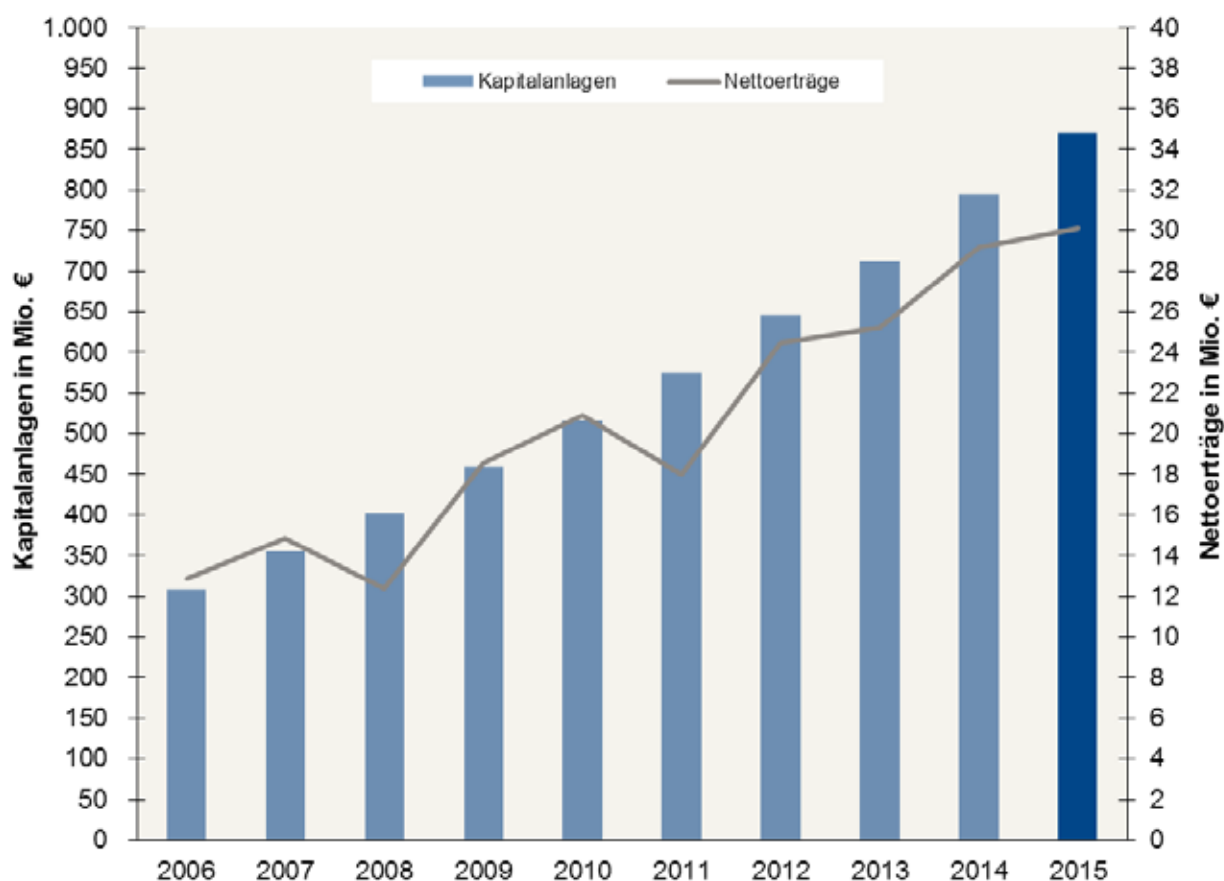
	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Namenschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen	266,09	305,90	350,33	390,77	393,17	402,30	423,90	463,60	472,12	443,85
Wertpapiere und Anteile	35,88	49,43	52,37	69,05	114,86	161,59	200,11	227,05	282,95	388,97
Grundstücke	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	11,91	22,40	22,14	38,54	37,91
Festgelder, Termingelder und Sparguthaben bei Kreditinstituten	5,50	0,00	0,00	0,00	8,30	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Insgesamt	307,47	355,33	402,70	459,82	516,33	575,80	646,41	712,79	793,61	870,73

Beträge in Mio. €

Nettoerträge aus Kapitalanlagen

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge	12,96	14,99	16,24	18,99	21,11	21,55	25,42	25,86	29,88	32,65
Aufwendungen	0,07	0,13	3,84	0,45	0,18	3,57	0,93	0,65	0,73	2,52
Nettoerträge	12,89	14,86	12,40	18,54	20,93	17,98	24,49	25,21	29,15	30,13

Beträge in Mio. €



Bayerische Ingenieurversorgung-Bau
mit Psychotherapeutenversorgung



Bayerische
Versorgungskammer

Arabellastraße 31
81925 München
Telefon: 089 9235 6
Fax: 089 9235 7040
E-mail: bingppv@versorgungskammer.de
www.bingppv.de